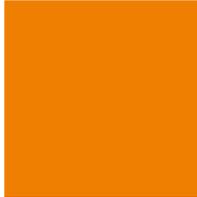




Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Konzept der Bundesregierung



Bilder auf der Titelseite:

Links oben: Brandenburger Tor in Berlin, Deutschland

Rechts oben: Solaranlage in Tulum (Yucatan Halbinsel), Mexiko

Bildmitte: Die VW-Produktionsstätte in Puebla, Mexiko

Links unten: Schüler einer Schule in Matambú, Hojancha, freuen sich über die Sanierung des Schuldachs, finanziert durch ein Kleinstprojekt der Deutschen Botschaft San José, Costa Rica

Rechts unten: San-Francisco-Kirche in Quito, Ecuador

I. Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Vertraute Partner – neue Bedingungen – gemeinsame Werte und Interessen	5
II. Die deutsche Lateinamerika- und Karibikpolitik	10
1. Gemeinsame Werte erhalten und stärken	10
Interessen erkennen, Partnerschaft vertiefen	10
Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fördern, Menschenrechte stärken	11
Regionale Integration: grenzübergreifende Aufgaben meistern	15
Frieden erhalten, Sicherheit wahren, Krisen vorbeugen	16
Drogen und Organisierte Kriminalität gemeinsam bekämpfen	18
Nachhaltige Entwicklung fördern, sozialen Zusammenhalt festigen	21
2. Mit Lateinamerika in globaler Verantwortung handeln	25
Gemeinsam gestalten, weltweit wirken	25
Partner in der Weltwirtschaft: Potential wahrnehmen, Verantwortung teilen	26
Umwelt und Klima schützen, Artenvielfalt erhalten	29
3. Wirtschaftschancen gemeinsam nutzen	33
Wirtschaftsbeziehungen: Tradition bewahren, Zukunft gestalten	33
Energie und Rohstoffe nachhaltig gewinnen und nutzen	39
4. Eine Partnerschaft für die Menschen: gegenseitig voneinander lernen	47
Forschung vernetzen, Innovation anregen	47
Menschen verbinden: Deutsche Sprache und Kultur fördern	51
5. Aktiv gestalten: deutsche Lateinamerika-Politik in Europa	54
6. Ausblick	57
Glossar	58

KARTE DER REGION



I. Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Vertraute Partner – neue Bedingungen – gemeinsame Werte und Interessen

Die Beziehungen Deutschlands zu Lateinamerika und der Karibik* nehmen im Gefüge der internationalen Staatengemeinschaft eine Sonderstellung ein. Gemeinsame Werte und gleichgerichtete Interessen wie auch die historisch gewachsene, enge kulturelle Verbundenheit schaffen eine einzigartige Grundlage für die Gestaltung der Zusammenarbeit – sowohl bilateral zum gemeinsamen Vorteil, als auch multilateral in gemeinsamer Verantwortung. Das wachsende wirtschaftliche und politische Gewicht Lateinamerikas bietet hierfür neue Chancen. Die Bundesregierung will mit der Verabschiedung und der Umsetzung dieses neuen, umfassenden Konzepts zur Lateinamerika-Politik den Beziehungen zu dieser wichtigen Partnerregion eine neue Qualität geben, die das Potential der Beziehungen besser ausschöpft und den deutschen und europäischen Interessen entspricht.

* Im Folgenden schließt die Bezeichnung „Lateinamerika“ die Länder der Karibik ein

Das Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und zu Menschenrechten sowie das Streben nach einer verlässlichen, multilateral ausgerichteten Weltordnung sind in Lateinamerika weithin anerkannte Grundpfeiler der Politik. Wir teilen ein kulturelles Erbe und Erfahrungen aus langjähriger Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlich-technologischem Gebiet. Unsere gemeinsame Wertebasis und die kulturellen und historischen Bindungen Lateinamerikas zu Deutschland und Europa zeichnen die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen aus – bei aller Heterogenität der Staaten und Subregionen untereinander.

Aktuelle Entwicklungen stellen diese Bindungen auf den Prüfstand und erfordern ein neues Engagement:

- In einigen lateinamerikanischen Staaten wandelt sich das politische Klima. Neue politische Strömungen und Kräfteverhältnisse münden in eine Neuausrichtung des

politischen Handelns. Demokratie und Rechtsstaat sind zum Teil nicht oder nicht in vollem Maße verwirklicht. In einigen Fällen müssen sie vor Angriffen bewahrt werden.

- Viele Staaten Lateinamerikas suchen und finden zusätzliche Partner in anderen Weltregionen, vor allem in Asien, aber auch in Afrika. Die Gründe sind vielfältig: der Wunsch nach Diversifizierung der Außenbeziehungen, das gewachsene Gewicht außereuropäischer Partner und teilweise auch ideologische Motive.
- Viele unserer Partner in Lateinamerika, insbesondere die Schwellenländer, haben politisch und wirtschaftlich erheblich an Gewicht gewonnen. Sie sind damit als politische Partner und auch als Wirtschaftspartner in einer globalisierten Welt wichtiger und umworbener als zuvor. Sie bringen ihr Gewicht selbstbewusst in die Zusammenarbeit ein.

Die traditionellen Gemeinsamkeiten und Bindungen im deutsch-lateinamerikanischen Verhältnis sind damit heute nicht mehr selbstverständlich und auf Dauer garantiert. Deutschland muss sich aktiver in den politischen Beziehungen und in den Bereichen Wirtschaft, Investitionen und Handel, aber auch in den Bereichen Entwicklung, Umwelt,

Kultur, Bildung und Forschung in Lateinamerika engagieren, um dort das Interesse an uns als dauerhaftem, verlässlichem Partner zu verankern und um auf die gestiegene wirtschaftliche und politische Bedeutung lateinamerikanischer Staaten zu reagieren. Zu Erhalt und Stärkung der gemeinsamen Wertebasis gehören die Zusammenarbeit zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte ebenso wie die Zusammenarbeit zum Aufbau einer vernetzten Sicherheit und zur Verbesserung der sozialen Kohäsion, auch mit entwicklungspolitischen Mitteln. Grundvoraussetzung einer auf die Besonderheit unserer Beziehungen zu Lateinamerika abgestimmten Politik ist es somit, die Gemeinsamkeiten mit Lateinamerika zu pflegen und auszubauen.

Aufbauend auf unserer Partnerschaft lassen sich die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Lateinamerikas verwirklichen.

Deutschland und Lateinamerika können in drei Schwerpunkten gemeinsam handeln:

- Zusammenarbeit in globaler Verantwortung,
- Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen,
- Partnerschaft in Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur.

Mit Lateinamerika in globaler Verantwortung handeln

Aus dem neuen politischen und wirtschaftlichen Gewicht unserer lateinamerikanischen Partner erwächst auch die Pflicht zu mehr gemeinsamer Verantwortung: Bei globalen Herausforderungen wie dem Umwelt- und Klimaschutz, der weltweiten Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen, dem Kampf gegen Organisierte Kriminalität und Drogen, der Gestaltung der globalen Finanzarchitektur. Nur gemeinsam können wir hier Fortschritte erzielen. Wir wollen uns daher bei der Suche nach Lösungen zu den globalen Zukunftsfragen mit unseren lateinamerikanischen Partnern eng abstimmen und gemeinsame Initiativen entwickeln. In der Entwicklungspolitik wollen wir in Lateinamerika einen Schwerpunkt auf Umwelt- und Klimaschutz als Themen globaler Bedeutung setzen.

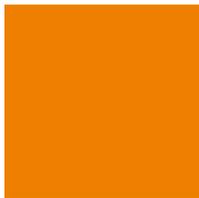
Wirtschaftschancen gemeinsam nutzen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Lateinamerika werden immer wichtiger. Zunehmend integriert sich Lateinamerika in die Weltwirtschaft. Für Deutschland ist die Region wichtiger Produktionsstandort und ein stetig wachsender Absatzmarkt. Sie ist zudem ein Lieferant von Rohstoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und zunehmend auch von Industrieprodukten. Mit der

Wirtschaftskraft wächst auch der Bedarf an Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur. Lateinamerika sucht deutsche Qualität, deutsche Technologie und deutsche Investitionen, auch bei Erneuerbaren Energien. Die deutsche Wirtschaft ist seit über 100 Jahren in der Region präsent und hoch angesehen. Sie verstärkt ihr Engagement in Lateinamerika. Die Bundesregierung unterstützt die Unternehmen bei allen Aktivitäten in der Region.

Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur

Lateinamerika ist heute ein wichtiger Standort für Wissenschaft, Forschung und Innovation geworden und baut diese Stellung aus. Dies und die historisch gewachsene Nähe in der Wissenschaftskultur zwischen Deutschland und Lateinamerika zeichnen die Region als Partner Deutschlands zur Vernetzung und zum Austausch von Wissen und Kenntnissen aus. Ganz im Sinne der Internationalisierungsstrategie¹ der Bundesregierung verbessert die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit die internationale Vernetzung und erleichtert die Kooperation mit Unternehmen, um den Technologietransfer von der Forschung in die Praxis zu stärken. Die besonderen kulturellen Bindungen zwischen Lateinamerika und Deutschland und ein über hundertjähriges Netzwerk kulturpoli-



Besuchsdiplomatie, Santiago de Chile



Lateinamerika und die Karibik: Basisdaten

Anzahl unabhängiger Staaten in der Region	33
Bevölkerung (2010)	588.649.000
Fläche	20.268.542 km ²
BIP pro Kopf	7.000 US-Dollar
BIP-Wachstum (2010)*	ca. 4%

* Schätzung

Quellen: CEPAL, IWF



tischer Institutionen geben uns einen besonderen Zugang zu Lateinamerika. Die Bundesregierung will die Menschen aus der Region noch näher an unsere Kultur und Sprache heranführen sowie einen fruchtbaren, partnerschaftlichen Dialog und kulturellen Austausch pflegen.

Um unsere Werte und Interessen in Lateinamerika umfassend zu vertreten, müssen wir unser Gewicht auch bei der Formulierung der europäischen Politik gegenüber Lateinamerika und der Karibik gezielt einsetzen. Dabei können wir an die Gemeinsamkeiten und Verbindungen anknüpfen, die auch die Beziehungen der EU mit der Region prägen. Wir wollen unser Gewicht in die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen einbringen, um für Kohärenz der europäischen Position zu sorgen und die strategische Partnerschaft zwischen unseren Regionen zu stärken und lebendig zu halten. So will deutsche Lateinamerika-Politik in Europa die europäische Politik aktiv mitgestalten.

Lateinamerika zeichnet sich durch große Heterogenität der einzelnen Länder aus, geprägt von kultureller Vielfalt, unterschiedlichen geographischen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Die Länder der Region unterscheiden sich: vom kleinen Inselstaat bis zum G20²-Mitglied, vom Entwicklungs- zum Schwel-

lenland, vom sozialistischen Einheitsstaat bis zum OECD³-Mitglied. Die Subregionen reichen von Mexiko und der Karibik bis Argentinien und Chile. Diese Unterschiede erfordern ein differenziertes Vorgehen. Nötig sind deshalb auch neue Formate der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen, ökologischen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, die auf die Besonderheiten der einzelnen Länder eingehen.

Die Leitlinien und Vorhaben der Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika orientieren sich an diesen Ansätzen zur langfristigen Ausgestaltung deutscher Lateinamerika-Politik. Im Folgenden wird dementsprechend die konkrete Politik der Bundesregierung gegenüber Lateinamerika beschrieben.

Im nächsten Kapitel wird dargestellt, mit welcher Politik wir die gemeinsamen Werte erhalten wollen. Es folgt ein Kapitel zu den Themen und Möglichkeiten der gemeinsamen multilateralen Verantwortung. Das dritte Kapitel befasst sich mit dem bilateralen Wirtschaftsaustausch zwischen Deutschland und Lateinamerika, und das vierte Kapitel stellt das wachsende Potential der Zusammenarbeit in Forschung, Innovation und Kultur dar. Das letzte Kapitel wendet sich der aktiven Mitgestaltung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen zu. Ein Ausblick beschließt das Konzept.

II. Die deutsche Lateinamerika- und Karibikpolitik

1. Gemeinsame Werte erhalten und stärken

Interessen erkennen, Partnerschaft vertiefen

Deutschland und Lateinamerika sind durch ihre jahrhundertelangen Beziehungen eng miteinander verbunden. Nur wenige Länder verfügen über so tief verwurzelte und bis heute außergewöhnlich dichte Bindungen mit Lateinamerika. Deutsche Forscher und Wissenschaftler haben entscheidend zur Erschließung des Kontinents beigetragen und das gegenseitige Interesse geweckt. Vor allem im 19. Jahrhundert kamen deutsche Auswanderer aller Berufe und Gewerbe nach Lateinamerika. Als Kaufleute, Handwerker oder Wissenschaftler trugen sie zur Entwicklung ihrer neuen Heimat bei. Auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sind historisch gewachsen: Vor 200 Jahren begann der Prozess, der zur Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten führte. Deutschland wurde zu einem verlässlichen Partner für diese Staaten – und ist es bis heute. Über die Zeit haben sich breit angelegte Beziehungen entwickelt, die unser Verhältnis heute prägen. Nun gilt es, die traditionelle

Nähe zwischen Deutschland und Lateinamerika nicht nur zu erhalten, sondern sie zu vertiefen, um die Partnerschaft in die Zukunft zu tragen, neue Chancen gemeinsam zu ergreifen und globale Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Zudem sind das wirtschaftliche Potential der aufstrebenden Länder Lateinamerikas, ihre Bedeutung für unsere Rohstoff- und Energieversorgung und ihre steigende Innovationskraft für Deutschland von strategischem Interesse.

Im gemeinsamen Bemühen, Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt zu stärken, finden wir in Lateinamerika natürliche außenpolitische Partner. Zugleich ist Deutschland Partner Lateinamerikas bei Themen wie dem Schutz der Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit, nachhaltiger Entwicklung und



Bundeskanzlerin Angela Merkel empfängt den mexikanischen Staatspräsidenten Felipe Calderón Hinojosa

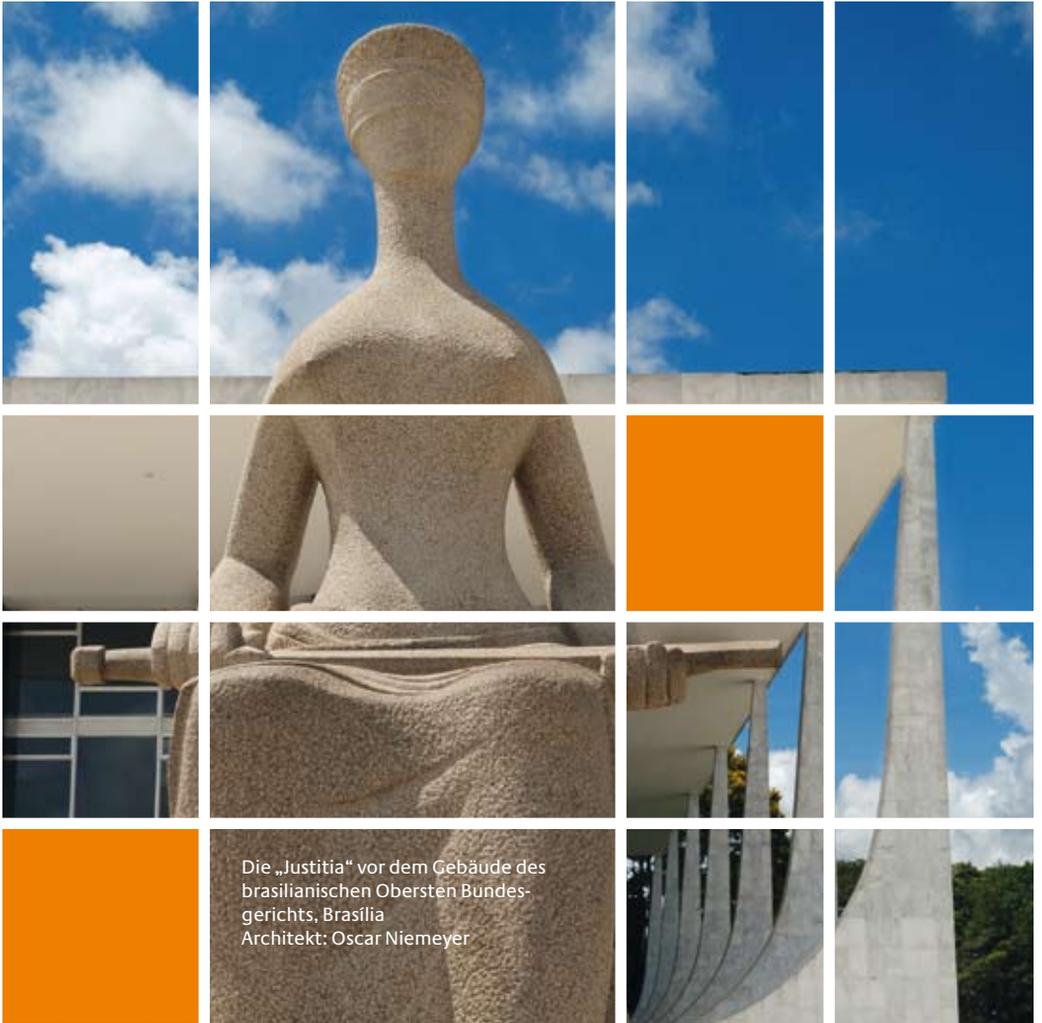
rechtsstaatlicher Ordnung. Jedoch ist eine dauerhafte politische Ausrichtung der Region auf die Europäische Union und Deutschland keineswegs selbstverständlich. In neuen Ansätzen der Zusammenarbeit haben einige Staaten Lateinamerikas ihre Außenbeziehungen in den letzten Jahren stark diversifiziert. Sie kooperieren politisch und wirtschaftlich verstärkt mit Regionen außerhalb Europas. Dabei orientieren sie sich teilweise stärker nach Asien, nach anderen Schwellenländern und zu anderen Ländern des Südens. Zudem bringen sie ihr gewachsenes weltpolitisches Gewicht selbstbewusst auf der internationalen Bühne ein. In diesem Umfeld müssen wir die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Deutschland intensiver als bisher gestalten. Das eng geknüpfte Netz der deutschen Auslandsvertretungen mit 22 Botschaften, vier Generalkonsulaten und 73 Honorarkonsulaten schafft hierfür gute Voraussetzungen. Die Präsenz der deutschen Wirtschaft mit 21 Auslandshandelskammern, der Kulturmittler mit 15 Goethe-Instituten, 37 Deutschen Auslandsschulen und insgesamt neun Außenstellen und Infozentren des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) sowie der Entwicklungszusammenarbeit mit Büros von Durchführungsorganisationen in 15 Ländern leistet hierzu einen großen Beitrag.

Die Bundesregierung

- macht Lateinamerika mehr als bisher zu einem zentralen Element der deutschen Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs-, Forschungs- und Umweltpolitik.
- verstärkt den politischen Dialog zu bilateralen, regionalen und globalen Themen durch intensive Konsultationen.
- berücksichtigt dabei die Besonderheiten sowie die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der Staaten der Region.

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fördern, Menschenrechte stärken

Nur ein stabiles, rechtsstaatlich ausgerichtetes Lateinamerika ist ein verlässlicher politischer und wirtschaftlicher Partner. **Rechtsstaatlichkeit** ist nicht nur unabdingbare Voraussetzung für die individuelle Freiheit, sondern auch für die Entwicklung der Region insgesamt. Sie garantiert den Menschen Freiheit von staatlicher Willkür und Schutz vor Diskriminierung. Sie schützt das Privateigentum als Basis für ein selbstbestimmtes Leben in wirtschaftlicher Freiheit. Auch Unternehmen und Investoren genießen dadurch höhere Planungssicherheit. In Lateinamerika sind demokratische Verfassungen und das Bekenntnis zur **Demokratie** sehr weit verbreitet. Doch sind in einigen



Die „Justitia“ vor dem Gebäude des
brasilianischen Obersten Bundes-
gerichts, Brasília
Architekt: Oscar Niemeyer

lateinamerikanischen Staaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht voll verwirklicht oder von Rückschritten bedroht. Dabei wird mancherorts auch der politische Pluralismus beeinträchtigt. Die Bundesregierung muss sich im Dialog mit Lateinamerika zudem auf eine Vielfalt neuer politischer Kräfte und Eliten einstellen. In einigen Ländern führen soziale Ungleichheiten, unzureichende Regierungsführung und Korruption zu Unzufriedenheit der Bevölkerung und fördern ein populistisches Demokratieverständnis, das von unserem Verständnis eines pluralistischen, freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats teilweise erheblich abweicht. Ein Ziel muss es daher sein, einer Polarisierung der Gesellschaft innerhalb der lateinamerikanischen Staaten entgegenzuwirken und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Je größer die Gemeinsamkeit der Werte mit den einzelnen Ländern ist, desto besser sind die Voraussetzungen für erfolgreiche bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung

- unterstützt die lateinamerikanischen Staaten bei der Stabilisierung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, wobei sie insbesondere pluralistische und repräsentative Parteiensysteme, Gewaltenteilung und parlamentarische Kontrolle fördert.

- wird sich zu diesem Zweck für Wahlbeobachtungsmissionen der EU und anderer internationaler Organisationen, aber genauso auch für nationale Wahlbeobachtung, aktiv einsetzen, wo diese hilfreich sein können.
- unterstützt die politischen Stiftungen und zivilgesellschaftlichen Akteure bei ihrer Arbeit zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.
- baut die Aus- und Fortbildung von Polizei und Justizpersonal aus, um ihre rechtsstaatliche Ausrichtung zu unterstützen und ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken.
- setzt die Zusammenarbeit mit den Streitkräften fort, um deren rechtsstaatliche Verankerung zu fördern.
- unterstützt die Dezentralisierung und die Modernisierung staatlicher Institutionen auch finanziell.
- fördert sozial gerechtere Steuersysteme und die effektive und transparente Verwendung öffentlicher Mittel.
- setzt sich für die Stärkung einer vielfältigen und lebendigen Zivilgesellschaft ein.
- setzt sich für rechtsstaatliche Garantien im Wirtschaftsrecht – darunter den Schutz des privaten Eigentums – und für die Bekämpfung von Korruption ein.

Der Einsatz für die weltweite Achtung und den Schutz der **Menschenrechte** ist eine Leitlinie deutscher Außenpolitik. Nach Auffassung der Bundesregierung sind die Menschenrechte universell und unteilbar. Das gemeinsame Bekenntnis zu den Menschenrechten eint Deutschland mit seinen Partnern in Lateinamerika. Doch gibt es in diesem Bereich auch in lateinamerikanischen Staaten eine Reihe von Herausforderungen, vor allem bei dem Schutz von Presse- und Meinungsfreiheit, der Transparenz und Effizienz der Justizbehörden, der Eindämmung von Gewalt sowie der Bekämpfung von Kinderarbeit und -prostitution. Die Stärkung der Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen und die Nichtdiskriminierung von Minderheiten, insbesondere der Indigenen, stellen angesichts der sozialen Spannungen ebenfalls eine große Aufgabe dar. In zahlreichen Ländern der Region müssen auch noch Jahre nach dem Ende von Militärdiktatur und Bürgerkrieg die Prozesse der inneren Versöhnung und die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen abgeschlossen werden. Viele Regierungen Lateinamerikas suchen aktiv unsere Zusammenarbeit, um ihre Strukturen zur Gewährleistung gemeinsam anerkannter Rechte zu stärken. Andere Regierungen verweigern ihren Bürgern universell anerkannte Menschenrechte. Die Bundes-

regierung berücksichtigt diese Unterschiede bei ihrer Zusammenarbeit mit den Staaten der Region.

In den Vereinten Nationen (VN) ist die „Gruppe der Länder Lateinamerikas und der Karibik“ für Deutschland bei der Bewahrung und Fortentwicklung menschenrechtlicher Standards ein bedeutsamer Partner. Es gibt etliche Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit. Dazu gehören beispielsweise einzelne Länderresolutionen sowie Resolutionen zu den Rechten des Kindes, zur Reform des VN-Menschenrechtsrates, zu den Rechten indigener Völker und zur Bekämpfung religiöser Intoleranz.

Die Bundesregierung

- tritt auch in Zukunft für den Schutz der Menschenrechte und die Unabhängigkeit der Medien in Lateinamerika ein. Sie wird Menschenrechtsfragen auf allen Ebenen des politischen Dialogs behandeln und auch im EU-Rahmen intensiv verfolgen.
- setzt sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern vor Ort und für politisch Verfolgte ein.
- fördert den Schutz der Menschenrechte in Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen und mit der Zivilgesellschaft der Länder Lateinamerikas auch finanziell und durch Projektarbeit und führt den Dialog mit Vertretern der Zivilgesell-

schaft und lokalen Menschenrechtsorganisationen fort.

- arbeitet, auch im Rahmen der EU, auf eine Aussetzung und langfristige Abschaffung der Todesstrafe hin, vor allem in den Staaten der Karibik, die eine entsprechende Resolution der Vereinten Nationen bisher nicht befürwortet haben.
- will dazu beitragen, den Zugang zu Bildung für marginalisierte Gruppen zu verbessern.
- setzt sich für die Wahrung der Rechte der indigenen Völker und der diesen Völkern angehörenden Menschen ein.
- begrüßt und unterstützt, dass bisher ausgeschlossene Bevölkerungsteile zunehmend an der politischen Willensbildung teilhaben.
- macht sich dafür stark, dass bei der Entwicklung neuer Konzepte im Rahmen der EU-Lateinamerika-Politik der Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Region als wichtiges Element berücksichtigt wird.
- arbeitet, gemeinsam mit ihren EU-Partnern, mit der „Gruppe der Länder Lateinamerikas und der Karibik“ auf Ebene der Vereinten Nationen in Menschenrechtsfragen eng zusammen.

Regionale Integration: grenzübergreifende Aufgaben meistern

Regionale Integration kann wichtige Beiträge zu Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung auf dem Subkontinent leisten. In den letzten Jahren wurden in Lateinamerika auf etablierten Formaten wie dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur), der Andengemeinschaft, dem Zentralamerikanischen Integrationssystem (SICA), dem Forum der Karibischen AKP-Staaten (Cariforum) und der Rio-Gruppe neue Regionale Zusammenschlüsse wie die Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR) und die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) aufgebaut. Daneben wächst allmählich die Bedeutung des grenzüberschreitenden Ausbaus von Verbindungswegen und der Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen. Auf diese Weise wird auch die Integration in den Bereichen Verkehr, Transport und Wirtschaft vorangetrieben. Deutschland steht diesen Integrationsbemühungen positiv gegenüber und wird sie weiterhin unterstützen.

Die Unterstützung regionaler und subregionaler Integrationsansätze und die Pflege bilateraler Beziehungen und Partnerschaften mit einzelnen Ländern ergänzen einander. Andere neue Integrationsformate in Lateinamerika zielen auf eine Koordinierung von Politik.

Die Haltung der Bundesregierung gegenüber diesen Formaten hängt davon ab, mit welchen Inhalten diese Politikkoordinierung erfolgt. Deutschland hat sein Engagement in ausgewählten regionalen Institutionen in den letzten Jahren stark ausgebaut: Die Bundesregierung unterstützt die Arbeit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), bei der wir Beobachterstatus genießen, durch finanzielle Förderung geeigneter Projekte. Als Mitglied und größter bilateraler Geber in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) sind wir am regionalen wirtschafts-, umwelt- und entwicklungspolitischen Diskurs aktiv beteiligt. In der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und regionalen Entwicklungsbanken sind wir Partner. Den zentralamerikanischen Integrationsprozess begleiten wir mit Projekten in Zusammenarbeit mit dem Zentralamerikanischen Integrationssystem SICA, bei dem Deutschland Beobachterstatus hat. Enge Beziehungen verbinden Deutschland auch mit der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM). Mit ihr führen wir zahlreiche regionale Projekte beispielsweise im Bereich der Erneuerbaren Energien durch.

Die Bundesregierung

- engagiert sich in der OAS, der CEPAL und der IDB für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika.
- will UNASUR dabei unterstützen, regionale Integration über Transparenz im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen zu fördern.
- strebt die Intensivierung der Beziehungen zur Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) an, in der die regionale Integration in der Karibik besonders weit fortgeschritten ist.

Frieden erhalten, Sicherheit wahren, Krisen vorbeugen

Global betrachtet ist Lateinamerika eine vergleichsweise friedliche und stabile Region. Doch eine Reihe von Binnenkonflikten und regionalen Spannungen ist bislang nicht überwunden. Die Verhinderung gewaltsamer Konflikte und Krisen ist gemeinsames Ziel deutscher Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Die Bundesregierung setzt auf einen Ansatz, der alle Politikbereiche umfasst und miteinander verzahnt. Wir wollen Konfliktursachen frühzeitig erkennen und ihnen effizient entgegenwirken. Der Abbau extremer sozialer und ökonomischer Ungleichheiten stärkt den sozialen Frieden. Minde-

rungs- und Anpassungsmaßnahmen⁴ gegen die Folgen des Klimawandels dienen zugleich der Konfliktprävention. Innere Sicherheit sowie legitime staatliche Strukturen fördern politische Stabilität und begünstigen Entwicklung und wirtschaftlichen Austausch. Partnerschaft und Vernetzung mit Lateinamerika im Sicherheitsbereich liegen in unserem eigenen Interesse. So können in der Europäischen Sicherheitsstrategie⁵ genannte Bedrohungen wie insbesondere Organisierte Kriminalität und Drogen, Terrorismus und Proliferation abgewehrt werden.

Deutschland und die Staaten Lateinamerikas unternehmen auch auf globaler Ebene gemeinsame Anstrengungen, Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und Nichtverbreitung zu stärken. Wir finden in Lateinamerika als atomwaffenfreier Region wichtige Verbündete zur Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags mit seinen Pfeilern Nichtverbreitung, nukleare Abrüstung und friedliche Nutzung der Kernenergie.

Dazu gehören auch ein baldiges Inkrafttreten des umfassenden Teststoppabkommens sowie eine Stärkung der Internationalen Atomenergiebehörde und ihrer Überprüfungsinstrumente. Staaten, die noch zögern, wollen wir zur Mitwirkung animieren.

Wir arbeiten auch bei der Entwicklung und Stärkung von Regeln in den Bereichen der



Vertrauensbildung in Südamerika

Transparenz in militärischen Belangen schafft Vertrauen und kann helfen, Konfliktpotential zu reduzieren. Die Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR) hat daher die Entwicklung eines Systems regionaler Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) beschlossen. Um diese Initiative zu unterstützen, lud Deutschland Anfang 2010 Vertreter der UNASUR-Mitgliedsstaaten ein, sich in Berlin, Wien und an der deutsch-polnischen Grenze über die europäische Sicherheitsarchitektur zu informieren. Da sich die Sicherheitsstrukturen der UNASUR noch in der Aufbauphase befinden, gab die Reise wichtige Impulse. Deutschland wurde so zu einem wertvollen Partner der UNASUR im Sicherheitsbereich und wird dieses Engagement auch in Zukunft fortsetzen.

Foto: Außenminister Guido Westerwelle und Marjorie Ulloa, Leiterin der UNASUR-Delegation, Berlin

konventionellen Rüstungskontrolle und der Rüstungsexportkontrolle mit den Staaten Lateinamerikas zusammen. Das gilt besonders für die konsequente Umsetzung des Kleinwaffenaktionsprogramms⁶ der Vereinten Nationen.

Die Bundesregierung

- fördert den derzeit noch fragilen Prozess zur Schaffung eines regionalen Regimes Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen⁷ (VSBM).
- bringt dabei die Erfahrungen ein, die Deutschland innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erworben hat.
- baut die Kontakte zu regionalen Sicherheitsorganisationen aus, um diese Entwicklung kontinuierlich zu begleiten.
- setzt die militärpolitische Zusammenarbeit auf breiter und differenzierter Basis fort.
- nutzt die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Lateinamerika zur Stärkung der internationalen Vertragsarchitektur im Bereich der Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle und zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Exportkontrolle.

Drogen und Organisierte Kriminalität gemeinsam bekämpfen

Einige Gesellschaften Lateinamerikas sind in vielfältiger Weise von Organisierter **Kriminalität**, verbreiteter Gewalt sowie Drogenanbau, -produktion, -handel und -konsum betroffen. Die **Drogenkriminalität** wird häufig durch Kartelle gesteuert, die auch Waffenschmuggel, Menschenhandel, Korruption und Geldwäsche betreiben. Innerstaatliche Konflikte und terroristisch motivierte Gewalt werden oft durch den Drogenhandel finanziert. In einigen Ländern sind mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Korruption und vor allem Armut großer Teile der Bevölkerung gleichzeitig wesentliche Ursachen für zunehmende Gewalt. Die Drogenkriminalität steht nicht nur dem Frieden und der nachhaltigen Entwicklung in Lateinamerika entgegen. Sie wirkt sich unmittelbar negativ auf die Absatzmärkte aus, zu denen Europa gehört.

Die Bundesregierung verfolgt im Einklang mit der EU-Drogenstrategie 2005–2012⁸ gleichermaßen die Reduzierung der Nachfrage und des Angebots.

Dabei sieht sie die Bekämpfung des Kokain- und sonstigen Drogenschmuggels nicht als alleinige Aufgabe der Anbauländer an. Sie ist auch solidarische Pflicht aller Staaten, die als Markt- oder Durchgangsländer vom Drogenhandel betroffen sind. Hier müssen

wir stärker als bisher im Rahmen der Vereinten Nationen zusammenarbeiten.

Die Bundesregierung

- engagiert sich weiterhin aktiv im gemeinsamen EU-Lateinamerika/Karibik (LAK) Koordinations- und Kooperationsmechanismus zur Drogenpolitik⁹.
- beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung von Vorhaben zur Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen zum Drogenanbau sowie zur Kontrolle. Diese Vorhaben werden mit EU-Mitteln umgesetzt.
- setzt sich in der Zusammenarbeit mit den Andenstaaten weiterhin für eine entwicklungsorientierte Drogenpolitik ein.
- verfolgt durch diese Politik die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, den Abbau von Gewalt und die Schaffung der Bedingungen zur Entwicklung langfristiger ökonomischer Alternativen.
- trägt durch geeignete Projekte einschließlich des Einsatzes von Verbindungsbeamten zur Kapazitätsstärkung im Justiz-, Polizei- und Zollbereich bei.

Die Regelung der **Migration**, auch von Lateinamerika nach Europa, kann nur mit einem umfassenden Ansatz und in enger Partnerschaft zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern erfolgreich sein.

Zusammenarbeit mit Brasilien im Sicherheitsbereich

Deutschland und Brasilien haben 2008 ein Abkommen über die gemeinsame Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich geschlossen, das am 29. Januar 2010 in Kraft getreten ist. Ziel ist die Unterstützung Brasiliens bei der Modernisierung der Polizei-Institutionen. Insbesondere sollen Brasilien die deutschen Erfahrungen mit sportlichen Großveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Eine 2009 ausgehandelte Gemeinsame Absichtserklärung sieht die Einrichtung einer Gemeinsamen Koordinierungsgruppe samt Arbeitsgruppen sowie ein umfangreiches Arbeitsprogramm im Sicherheitsbereich vor.

Die Entwicklung einer vorausschauenden und umfassenden europäischen Migrationspolitik, die auf Solidarität und Verantwortlichkeit beruht, ist eines der Hauptziele der EU.

Die Bundesregierung unterstützt den strukturierten Migrationsdialog¹⁰ zwischen der EU und Lateinamerika. In diesem Rahmen wollen wir gemeinsame Herausforderungen im Migrationsbereich identifizieren und Lösungen für dieses sensible und teils umstrittene Themenfeld finden.

Windenergiepark in der Nähe von
Fortaleza, Brasilien



Die Bundesregierung

- nimmt aktiv am EU-LAK Migrationsdialog teil und unterstützt diesen, um gemeinsame Herausforderungen und Interessen zu definieren und Lösungen zu aktuellen Migrationsfragen zu entwickeln.
- kooperiert auch in Zukunft mit den Herkunfts- und Transitstaaten in Lateinamerika bei der Eindämmung irregulärer Migration und arbeitet mit ihnen bei regulärer Migration zusammen.

Nachhaltige Entwicklung fördern, sozialen Zusammenhalt festigen

Lateinamerika hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten bedeutende Entwicklungsschritte gemacht. Die regionale Wirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen, wenn auch in den meisten Ländern langsamer als beispielsweise in den asiatischen Wachstumsregionen. Grund hierfür waren vielfach schwierige Rahmenbedingungen und schwache staatliche Institutionen. Zudem ist Lateinamerika eine Region mit großer Ungleichverteilung von Eigentum und Einkommen.

Eine Reihe von Staaten hat durch kluge Wirtschaftspolitik und effektive sozialpolitische Maßnahmen einschließlich neuer Sozialprogramme beachtliche Erfolge bei der Armutsreduzierung und dem Abbau von Einkom-

Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit

- Förderung von Umwelt- und Klimaschutz einschließlich nachhaltiger Energieversorgung. Ein Großteil des Engagements in diesem Bereich konzentriert sich auf Brasilien und Mexiko. Aber auch mit Ländern wie Ecuador, Honduras und Nicaragua sowie den Ländern der CARICOM gibt es eine enge Kooperation.
- Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Bereich kooperieren wir besonders stark mit Bolivien, Ecuador, Guatemala, Peru und Kolumbien.
- Aufbau und effiziente Nutzung eines lokalen Wasserressourcenmanagements. Der direkte und ungehinderte Zugang zu Wasser ist ein wichtiger Baustein für die Armutsbekämpfung, insbesondere in den Andenländern und in Zentralamerika.

mensungleichheit erzielt. Dennoch lebt nach wie vor rund ein Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas in Armut. Deutschland sieht in einer auf sozialen Ausgleich zielenden Fiskal- und Steuerpolitik und in der Förderung von Erwerbsmöglichkeiten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden und zur Sicherung der Grundlagen pluralistischer Demokratie. Er muss gemeinsam mit dem Aufbau



Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

sozialer Sicherungssysteme und der Förderung des sozialen Dialogs erfolgen. Hier sind die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen Lateinamerikas besonders in der Pflicht. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich seit über 50 Jahren erfolgreich in der Region. Heute konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika auf die drei Schwerpunkte Umwelt und Klimaschutz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Wasserressourcenmanagement¹¹.

Die Selbsthilfefähigkeit der Menschen wird auch durch die berufliche Qualifizierung der insbesondere in Zentralamerika sehr jungen Bevölkerung gestärkt. Deutschland setzt daher vermehrt auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit vor allem in der beruflichen Bildung. In Zentralamerika steht die nachhaltige Wirtschaftsförderung zusätzlich im Fokus.

Die Entwicklungszusammenarbeit reflektiert mit den weiter entwickelten Partnerländern, insbesondere Brasilien und Mexiko, aber auch das gewonnene globale Gewicht dieser Länder. In Dreieckskooperationen¹² trägt Deutschland dazu bei, dass fortgeschrittene Staaten Lateinamerikas zunehmend selbst entwicklungspolitische Verantwortung in Drittländern übernehmen.

Beschäftigungsförderung und Berufsbildung für Jugendliche in Zentralamerika

Etwa zwei Drittel der Bevölkerung Zentralamerikas sind unter dreißig Jahre alt. Um die beruflichen und sozialen Perspektiven der Jugendlichen zu verbessern, unterstützt Deutschland in Honduras, El Salvador, Nicaragua und künftig in Guatemala Ministerien, Berufsbildungsinstitutionen, Kommunen und die Wirtschaft. In Honduras und El Salvador werden Jugendliche bei der Berufsorientierung, Arbeitssuche und Firmengründung beraten. In Nicaragua fördert Deutschland fünf Berufsbildungszentren, die Jugendliche in sieben verschiedenen Berufen ausbilden. Im Rahmen der bildungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika wurden in Mexiko in den letzten Jahren erfolgreich Elemente des dualen Modells der Berufsausbildung eingeführt. Diesen Prozess will Deutschland auch zukünftig unterstützen.

Die Bundesregierung

- unterstützt verstärkt die eigenen Anstrengungen der Staaten Lateinamerikas, soziale Ungleichheiten zu überwinden und fördert zu diesem Zweck die gerechtere Ausgestaltung von Steuer- und Sozialsystemen.
- unterstützt lateinamerikanische Regierungen darin, extreme Armut zu bekämpfen und die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Armen zu verbessern.
- will die Formen und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit in Reaktion auf die immer unterschiedlicheren Entwicklungsniveaus und -geschwindigkeiten in Lateinamerika weiter diversifizieren.
- stärkt lokale Verwaltungen und demokratische Kontrollinstanzen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
- will die selbsttragende und selbsthilfeorientierte Entwicklung insbesondere in den ärmeren Ländern der Region fördern, etwa durch bedarfsorientierte Unterstützung im Bildungsbereich und durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Engagement.
- berät die Staaten unter anderem beim Aufbau sozialer Marktwirtschaften und intensiviert dazu auch die Partnerschaft mit der CEPAL.

Dreieckskooperation im Energiesektor

Erdgas ist in Lateinamerika als Energieträger von wachsender Bedeutung. Um gut zu funktionieren, muss der Markt für Erdgas transparent sein und wirksam überwacht werden. Deutschland, Mexiko und Brasilien arbeiten mit Bolivien und Peru in Dreieckskooperationen zusammen, um die dafür erforderliche messtechnische Infrastruktur bei den staatlichen Metrologieinstituten zu optimieren und technische Fachkompetenz zu vermitteln. So leistet Deutschland mit seinen Partnern in der Region auch einen Beitrag zur Harmonisierung des Erdgasmarktes und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes.

- setzt dabei auf eine größere Verzahnung zwischen Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit und bezieht die Wirtschaft frühzeitig ein.
- engagiert sich für die Einhaltung internationaler Arbeits- und Sozialstandards in der Arbeitswelt, einschließlich der Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen.
- nutzt dazu die bilateralen Beziehungen und die Ebene multinationaler Organisationen, insbesondere der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

- setzt sich auch weiterhin für globale Handels- und Finanzstrukturen ein, in denen alle Schwellen- und Entwicklungsländer faire Chancen auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben.

2. Mit Lateinamerika in globaler Verantwortung handeln

Gemeinsam gestalten, weltweit wirken

Die Welt steht heute vor einer Reihe von **globalen Herausforderungen**, welche die internationale Staatengemeinschaft nur gemeinsam lösen kann. Aufgrund der historisch gewachsenen Wertegemeinschaft ist Lateinamerika dabei unser natürlicher Verbündeter. In den Vereinten Nationen (VN) spielen lateinamerikanische und karibische Staaten eine wichtige Rolle. Viele Länder der Region sind an den aktuellen Diskussionen unter anderem zu VN-Reform, Klimawandel, Millenniumszielen¹³ und Nachhaltigkeit aktiv beteiligt. Beispielsweise fordern die Staaten der Region mehrheitlich wie Deutschland eine Reform des Sicherheitsrats der VN. Unser gemeinsames Interesse ist dabei die Anpassung des Sicherheitsrats an die Welt von heute. Der Rat spiegelt in seiner derzeitigen Zusammensetzung die Welt von 1945 wider; kein Staat Lateinamerikas ist mit einem ständigen Sitz vertreten.

Einige Staaten der Region haben sich bei VN-Missionen zum Beispiel in Haiti und im Kongo engagiert und auf diese Weise internationale Verantwortung übernommen. Es liegt in unserem beiderseitigen Interesse, den Multilateralismus und die VN als Organisation zu stärken. Deutschland und Lateinamerika können gemeinsam einen wichtigen Beitrag dazu leisten, überkommene Nord-Süd-Polarisierungen zwischen Industriestaaten auf der einen und Entwicklungs- und Schwellenländern auf der anderen Seite in den VN zu überwinden.

Die Bundesregierung

- strebt eine verstärkte Abstimmung mit ihren lateinamerikanischen Partnern bei der Suche nach Lösungsansätzen für globale Herausforderungen an.
- unterstützt Lateinamerika dabei, sein wachsendes Gewicht zu nutzen, um mehr Verantwortung auf globaler Ebene zu übernehmen.
- verstärkt ihre Zusammenarbeit mit Lateinamerika als wichtigem multilateralem Partner in den VN, und weitet sie aus, anknüpfend an gemeinsame Werte und Interessen.
- will den Dialog mit lateinamerikanischen Staaten zu aktuellen VN-politischen Fragen intensivieren.

- wird in den Vereinten Nationen bei geeigneten Themen wie etwa Frieden und Sicherheit, Klimaschutz, Gleichstellung oder Gesundheit mit lateinamerikanischen Partnern gemeinsame Initiativen anstoßen.
- arbeitet in den VN eng mit Brasilien zusammen, dem Deutschland durch die strategische Partnerschaft und den gemeinsamen Einsatz für eine Reform des VN-Sicherheitsrats besonders verbunden ist.
- gibt jungen Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Diplomatie aus der Region im Rahmen von Lehrgängen die Gelegenheit, sich mit Themen aktueller Außen- und Globalisierungspolitik vertraut zu machen. Gleichzeitig erweitern sie ihre berufsspezifischen Kenntnisse und lernen Deutschland näher kennen.

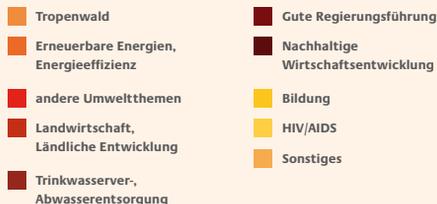
Partner in der Weltwirtschaft: Potential wahrnehmen, Verantwortung teilen

Viele Staaten Lateinamerikas haben sich wirtschaftlich sehr positiv entwickelt. Ausdruck dieser Entwicklung ist auch die verstärkte Präsenz Lateinamerikas auf internationaler Ebene. Die OECD hat die Prozesse der Erweiterung und Kooperation auf Lateinamerika ausgeweitet. So ist neben Mexiko seit 2010 auch Chile Mitglied der OECD. Mit Brasilien hat die OECD die Zusammenarbeit intensiviert. Deutschland ist eine der führenden Handelsnationen und ist zugleich durch Investitionen eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Wir haben daher ein besonderes Interesse daran, dass die verstärkte Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft umfassend gelingt.

Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Lateinamerika in % (Haushaltsmittel)



Zusagen 2004 bis 2009 nach Themen und Sektoren:



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Diese Länder müssen auch in die Entwicklung geeigneter Strategien einbezogen werden, um globale Fragen zu lösen. Dieser Prozess, der den Schwellenländern sowohl mehr Mitsprache einräumt als auch ihre Mitverantwortung einfordert, wurde durch die deutsche G8¹⁴-Präsidentschaft 2007 in Heiligendamm eingeleitet. Mit der Etablierung der G20 als zentrales Forum für die Kooperation in Weltwirtschaftsfragen wurde dieser Entwicklung 2009 in Pittsburgh Rechnung getragen. Brasilien, Mexiko und Argentinien sind Partner Deutschlands in der G20. Gleichberechtigte Teilhabe und Partnerschaft in der Weltwirtschaft sind Voraussetzungen für eine zweckdienliche Zusammenarbeit.

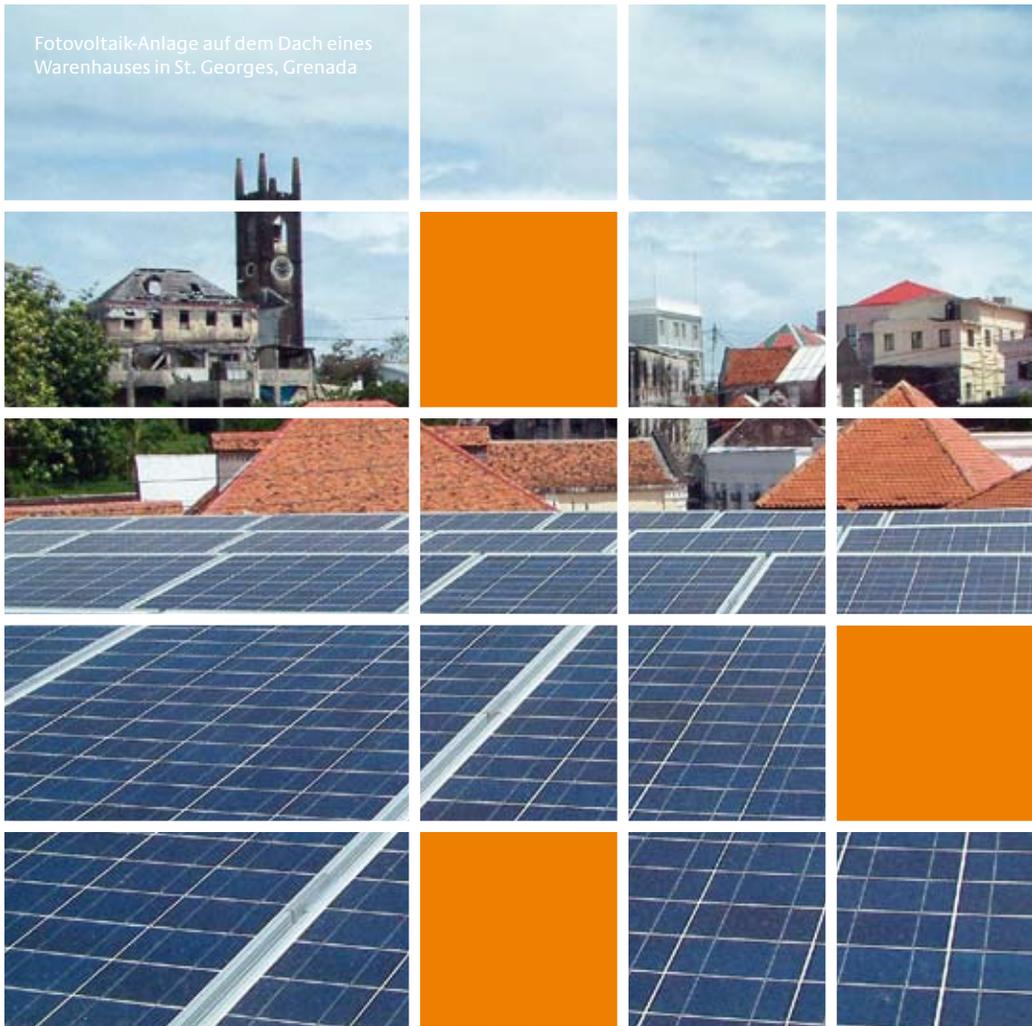
Die Bundesregierung

- arbeitet mit den lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten der G20 an der gemeinsamen Lösung globaler wirtschaftlicher und sozialer Fragen.
- strebt eine enge Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern im Rahmen der OECD an.

Costa Rica: Kommunalentwicklung als Vorbild

Deutschland hat Costa Rica über ein Jahrzehnt in seiner Lokal- und Kommunalentwicklung unterstützt. Ziel waren eine höhere Verantwortung für Kommunen und stärkere Beteiligung von Bürgern. Gleichzeitig wurde die lokale wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben und das Umweltmanagement gestärkt. So hat Deutschland beim Aufbau der Abfall- und Recyclingwirtschaft oder bei der Abstimmung lokaler Investitionen beraten. Insgesamt hat Deutschland mit 33 Kommunen vor allem im ländlichen Raum und in den Grenzregionen zusammengearbeitet. Zeichen des Erfolges ist ein Dekret des Staatspräsidenten, womit er kürzlich die in der Zusammenarbeit erprobte Modernisierung der Kommunalentwicklung im ganzen Land verankert hat.

Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach eines
Warenhauses in St. Georges, Grenada



Umwelt und Klima schützen, Artenvielfalt erhalten

In vielen Staaten Lateinamerikas ist in den letzten Jahren die Überzeugung gewachsen, dass eine nachhaltige Umweltpolitik für langfristiges Wachstum unabdingbar ist. Sie kann wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben und zeigt Möglichkeiten auf, ansteigenden Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln.

Lateinamerika ist vom Klimawandel besonders betroffen: Im Andenraum schmelzen die Gletscher, in Zentralamerika und in der Karibik sind Zahl und Ausmaß von Unwettern und anderen Naturkatastrophen deutlich gestiegen. Die kleinen Inselstaaten der Karibik sind hier besonders verletzlich. Damit ist die Anpassung an den Klimawandel dringlich, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung. Der Ausstoß von Treibhausgasen durch Landnutzungsänderungen¹⁵ muss gemindert werden, denn er trägt wesentlich zum globalen Klimawandel bei. Ausreichende Vorsorge trägt dazu bei, Opfer zu vermeiden und Schäden zu verringern.

Daher wächst dem Klimaschutz, aber auch der Energieversorgung bereits heute eine immer zentralere Bedeutung zu; angesichts der sich schnell entwickelnden Volkswirt-



Katastrophenvorsorge in der Karibik

In sieben Staaten der Karibik fördert Deutschland aus Mitteln der humanitären Hilfe ein Katastrophenvorsorge-Projekt des Johan-

niter-Hilfsdienstes. Durch Ausbildung von Trainern in den Bereichen Frühwarnung, Risikoanalyse, medizinische Erstversorgung und Notfallmanagement werden die Fähigkeiten der lokalen Bevölkerung zur Selbsthilfe gestärkt. Das Projekt unterstützt darüber hinaus die Gründung gemeindebasierter Vorsorgekomitees, die eine Katastrophenvorsorge-Grundausrüstung mit Artikeln und Geräten zur Warnung vor drohenden Katastrophen und für Erste Hilfe und Selbsthilfe im Katastrophenfall erhalten.

Foto: Hurrikan-Schutzübung

schaften Lateinamerikas und des damit verbundenen steigenden Energieverbrauchs wird ein Umschwenken von fossilen auf regenerative Energieträger immer dringlicher zur

Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Energie- und ressourceneffiziente Produktion sowie die Erhöhung der Anteile der Erneuerbaren Energien am Energiemix stehen hier im Fokus.

Die Bewahrung der großen Tropenwälder und der Ökosysteme Lateinamerikas ist auch notwendig, um das drastische Schwinden biologischer Vielfalt zu bremsen. Die Artenvielfalt der Region ist enorm. Lateinamerika beherbergt nach Angaben der Vereinten Nationen fast die Hälfte der weltweit existierenden Tropenwälder und 33% der bekannten Tierarten bei Säugetieren, 35% bei Reptilien, 41% bei Vögeln und 50% bei Amphibien. Die nachhaltige Nutzung der Ökosysteme ist Voraussetzung für eine Minderung von Bodenerosion, Versteppung und Wüstenbildung. Sie ist eine Grundlage für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region. Zum Schutz der Artenvielfalt wurde die Anzahl geschützter Land- und Wasserflächen in der Region im Zeitraum von 1990 bis 2008 mehr als verdoppelt. Heute stehen rund 11% der Fläche Lateinamerikas unter Naturschutz, mehr als in jeder anderen Region der Welt. Seit den 90er Jahren ist Deutschland ein führender Kooperationspartner im weltweiten Tropenwaldschutz und bei der Bewahrung der biologischen Vielfalt. Beide Themen sind bereits heute Schwerpunkte der Entwick-

Erhalt der Artenvielfalt in Ecuador

Der Norden Ecuadors ist eine der weltweit artenreichsten Regionen, die jedoch durch expandierende Holzfirmen und vordringende Siedler bedroht wird. Deutschland unterstützt den Erhalt und die nachhaltige Nutzung dieses Gebietes. Eine Vereinbarung mit den dort beheimateten indigenen Gemeinden, die unter anderem von Deutschland initiiert wurde, legt fest, dass für eine Fläche von nun 7.200 Hektar ein Betrag von 5,89 US-Dollar pro Hektar und Jahr für den Erhalt des Waldes vergütet wird. Aufgrund seines Erfolgs hat das ecuadorianische Umweltministerium dieses Modell in ein landesweites Programm („Socio Bosque“ – „Der Partner-Wald“) übersetzt. Davon profitieren heute rund 40.000 Familien; über 400.000 Hektar sind bereits unter Naturschutz gestellt worden.

lungszusammenarbeit mit der Region. Der Einsatz der Bundesregierung für den Schutz der Lebensräume der indigenen Bevölkerung ist auch in diesem Zusammenhang wichtig. Die Bundesregierung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Waldrodung, zur Einrichtung von Naturschutzgebieten, zum Klimaschutz und zu

nachhaltiger Forst- und Landwirtschaft. Deutschland bemüht sich – zusätzlich zur staatlichen Zusammenarbeit – privates Kapital für die Bereiche Energie, industrieller Umweltschutz und Wasserressourcenmanagement zu mobilisieren.

Die Bundesregierung

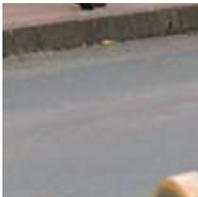
- fördert Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz in der Region intensiv, vor allem mit Mitteln der Entwicklungspolitik, der Umweltpolitik und der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung.
- will die Kooperation im Bereich Umwelt und Klima in ihren Beziehungen zu Lateinamerika ausbauen. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit in der Umwelttechnologie und im Umweltmanagement.
- setzt die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Lateinamerika im Bereich Tropenwald-, Umwelt- und Klimaschutz fort und will sie intensivieren. Dabei kann sie auf das Vertrauen zurückgreifen, das in langjähriger Zusammenarbeit erarbeitet wurde.
- finanziert über die Initiative Klima- und Umweltschutz¹⁶ (IKLU) Investitionen in klimarelevanten Bereichen. Dazu gehören Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, industrieller Umweltschutz, die ökologische Entwicklung von Ballungsräumen,

Umweltmanagement in mexikanischen Unternehmen

Mexiko, eines der bevölkerungsreichsten Länder Lateinamerikas mit großem Wachstumspotential, richtet seine Wirtschaft auf ökologische Nachhaltigkeit aus. Übernutzung von Ressourcen, Frischwasserknappheit und stark schwankende Ölpreise fördern das Interesse an Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Neues Denken bei Entscheidungsträgern ist gefordert. Das Programm „Technologiekoperationen zur Förderung der Energieeffizienz und Erneuerbarer Energien in mexikanischen Unternehmen“ richtet sich an mexikanische Fach- und Führungskräfte im Umweltmanagement und im Bereich der neuen Technologien. Die Weiterbildungsagentur InWEnt betreut die Teilnehmer zwei Jahre lang berufsbegleitend in Mexiko und Deutschland.

energieeffiziente Mobilitätssysteme¹⁷ und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.

- fördert den Forschungsschwerpunkt Tropenwald, beispielsweise durch die Forschungsgruppe „Tropischer Bergwald“ der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) in Loja, Ecuador.



Oberleitungsbus mit Elektroantrieb
in Quito, Ecuador

- unterstützt im Rahmen des Schwerpunkts der Entwicklungszusammenarbeit „Schutz und nachhaltige Nutzung des Tropenwaldes“ den „Plan nachhaltiges Amazonien“. Sie beteiligt sich auch am „Amazonas-Fonds“ der brasilianischen Regierung.
- stellt aus den Versteigerungserlösen von Emissionshandelszertifikaten unter anderem der Internationalen Klimaschutzinitiative¹⁸ (IKI) zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Durch diese Initiative werden Maßnahmen gefördert, die zur Steigerung der Energieeffizienz, zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und zum Schutz von Biodiversität mit Klimarelevanz beitragen.
- bietet den Ländern Lateinamerikas auch in Zukunft ihre Unterstützung beim Aufbau und Ausbau ihrer Selbsthilfekapazitäten im Feld der Katastrophenvorsorge an. Dazu gehören etwa die Einrichtung und der Einsatz von Katastrophenfrühwarnsystemen und Pilotprojekte zur Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung.
- steht nach Naturkatastrophen als Partner auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung.

3. Wirtschaftschancen gemeinsam nutzen

Wirtschaftsbeziehungen: Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Unsere bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu Lateinamerika haben eine lange Tradition: Deutsche Unternehmen sind schon seit über 100 Jahren mit Tochterunternehmen in der Region vertreten und genießen hohes Ansehen. Deutsche Einwanderer haben zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Der deutsche Außenhandel mit Lateinamerika ist in den letzten Jahren stärker als unser gesamter Außenhandel gestiegen. Solide Fundamentaldaten, eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik vieler Länder und eine zunehmende regionale Verflechtung rechtfertigen ein neues Interesse deutscher Unternehmen an der Region. Der Anteil Lateinamerikas an der Weltwirtschaft und dem internationalen Handel nimmt zu.

Viele Länder verzeichnen hohe Wachstumsraten. In der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sie ihre wirtschaftliche Stabilität unter Beweis gestellt und waren in geringerem Maße von der Rezession betroffen als viele etablierte Industrieländer. Zudem erholten sie sich zügiger von der Krise. Diese wirtschaftlichen Chancen wollen Deutschland und Lateinamerika zum beiderseitigen Nutzen ergreifen.

DEUTSCHE AUSLANDSHANDELSKAMMERN (AHK) IN LATEINAMERIKA UND DER KARIBIK



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Die Bundesregierung

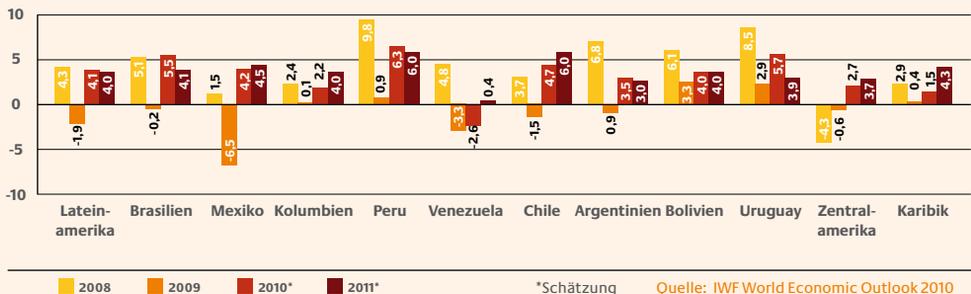
- verfolgt den Abschluss der Doha-Runde weiterhin als oberstes Ziel deutscher Handelspolitik.
- strebt im Zuge der Doha-Runde multilaterale Zollsenkungen oder Zollbindungen sowie den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse an, vor allem im für Deutschland wichtigen Industriegüterbereich.
- legt durch biregionale und bilaterale Assoziations- und Freihandelsabkommen auf EU-Ebene den Grundstein für die Erschließung neuer, offener Märkte in Lateinamerika, ergänzend zur multilateralen Liberalisierung.
- bemüht sich verstärkt darum, dass auch bei Industriegütern und Investitionen der Handel zwischen Deutschland und

Lateinamerika in beide Richtungen geht. Deutschland ist offen und wirbt um Investitionen aller Partner.

- wird die Wirtschaft darin unterstützen, die Chancen zu ergreifen, die sich aus den Freihandels- und Assoziationsverhandlungen mit Ländern und Regionen Lateinamerikas ergeben.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft bei der Erschließung des Potentials Lateinamerikas. Sie misst der Beteiligung der Wirtschaft bei der Auswahl und Definition der Maßnahmen eine zentrale Rolle zu. Wesentliche Zielgruppe der **Außenwirtschaftsförderung** sind dabei kleinere und mittlere Unternehmen. In der Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft,

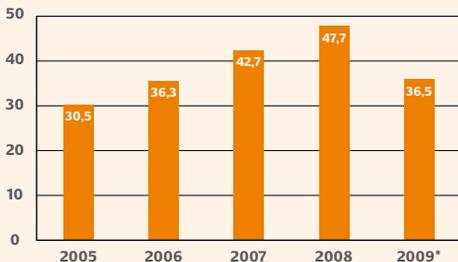
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in %



einem Zusammenschluss von Wirtschaftsverbänden, hat sie dafür einen zentralen Ansprechpartner.

Das Wirtschaftswachstum hat in den meisten Ländern Lateinamerikas Bedarf an neuen Infrastrukturprojekten geschaffen. Sie ermöglichen ein Engagement der deutschen Wirtschaft. Angesichts der Vielschichtigkeit des Kontinents sind länder- und sektorspezifische Initiativen erforderlich. Ein gutes Beispiel dafür ist Brasilien, das zudem durch die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 vor besonderen Herausforderungen steht. Hier sind

Deutscher Außenhandel mit Lateinamerika in Milliarden Euro



Der Zuwachs des deutschen Außenhandels mit Lateinamerika betrug für den Zeitraum (2005 bis 2009) **16,32 %**. Der gesamte deutsche Außenhandel ist im selben Zeitraum nur um **4,74 %** gestiegen.

*Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt

für die deutsche Wirtschaft vor allem große Infrastrukturvorhaben wie der Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Häfen, Flughäfen und Logistikzentren von Interesse. Aber auch in anderen Bereichen ist deutsche Spitzentechnologie gefragt, etwa im Bergbau, bei Erneuerbaren Energien, im Bereich Umwelttechnik und in der Gesundheitswirtschaft. Deutschland hat Erfahrung darin, derartige Großprojekte langfristig und nachhaltig zu planen und auszugestalten. Es kann diese Erfahrung in lateinamerikanische Projekte einbringen. Im Rahmen der im März 2010 gestarteten Außenwirtschaftsoffensive¹⁹ legt die Bundesregierung einen Fokus auf Lateinamerika.

Die Bundesregierung

- erschließt in enger Zusammenarbeit mit den Auslandshandelskammern (AHK) und der bundeseigenen Germany Trade and Invest (GTAI) neue Exportfelder und neue Exportmärkte. AHK und GTAI bilden zusammen mit den deutschen Auslandsvertretungen die drei Säulen der Außenwirtschaftsförderung.
- fördert, flankiert und berät kleine und mittelständische Unternehmen in Lateinamerika. Sie flankiert politisch insbesondere die Bewerbung von kleineren und mittleren Unternehmen um Aufträge im öffentlichen Bereich.

- hilft durch die Förderung von Informations- und Kontaktreisen und offizielle Messebeteiligungen deutschen Unternehmen, in den Märkten Lateinamerikas Fuß zu fassen.
- unterstützt die Bemühungen der OECD um die Einbindung von Nicht-OECD-Ländern in die internationale Disziplin für Exportkreditgarantien.
- fördert und sichert deutsche Investitionen durch Investitionsförderungs- und Investitionsschutzverträge sowie staatliche Investitions Garantien.
- steht der deutschen Wirtschaft und dabei insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen zur Seite in ihrem Bemühen um besseren Zugang zu geplanten Investitionen.
- unterstützt hierfür vor allem die Anstrengungen der deutschen Wirtschaft, deutsche und lateinamerikanische Firmen für Projekte wie sportliche Großveranstaltungen zusammenzubringen. Sie gibt der Wirtschaft Impulse, sich dafür im Vorfeld zu formieren.
- flankiert dies wo möglich durch gemeinsame Absichtserklärungen und weitere Initiativen.



Unternehmerinitiative „WinWin 2014/2016“ in Brasilien

Aus Anlass der Fußball-WM 2014 in Brasilien präsentierten deutsche Unternehmer unter Leitung des Bundeswirtschaftsministers bei den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen 2009 der brasilianischen Regierung ihre speziellen Fachkenntnisse. Das brasilianische Interesse an einer Kooperation mit Deutschland führte zur Gründung der Wirtschaftsinitiative „WinWin 2014/2016“, die auch die Olympischen Spiele 2016 in Rio einbezieht. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat außerdem das „Brazil Board“ ins Leben gerufen. Für die drei Kernbereiche Stadionbau, Sicherheit und Infrastruktur hat der Bundeswirtschaftsminister bereits eine gemeinsame Absichtserklärung mit Brasilien unterzeichnet.

Als Voraussetzungen für erfolgreiche Kooperationen zwischen den Unternehmen der Regionen spielen vor allem ein ausreichender Schutz geistigen Eigentums, Bürokratieabbau, Investitionsschutz und die Gewährleistung verlässlicher rechtlicher Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle.

Die Bundesregierung

- setzt sich dafür ein, dass das hohe Schutzniveau der bestehenden bilateralen Investitionsschutz- und Förderverträge gehalten und möglichst verbessert wird, auch nach dem Übergang der Kompetenz für den vertraglichen Schutz und die Förderung von Investitionen auf die EU.
 - tritt im Rahmen der Aushandlung der Assoziations- und Freihandelsabkommen der EU für Regeln ein, die deutlich über das bestehende Schutzniveau der Verträge der Welthandelsorganisation (WTO) hinausgehen.
 - setzt sich für den schnellen Abschluss weiterer Doppelbesteuerungsabkommen mit den Partnern in der Region ein.
 - kooperiert mit den Staaten Lateinamerikas zur effizienten Nutzung der vor Ort vorhandenen Patentsysteme.
 - tritt für faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Unternehmen, Handel und Investitionen vor Ort ein.
- bietet einen Dialog zu ordnungspolitischen Fragestellungen an, um diese Rahmenbedingungen zu schaffen.
 - fördert Bestrebungen von Unternehmen, ihre gesellschaftliche Verantwortung aktiv wahrzunehmen, etwa im Rahmen von Initiativen zur sozialen Verantwortung von Unternehmen wie dem Global Compact²⁰.
 - bindet die deutsche Privatwirtschaft stärker als bisher in die internationalen Bemühungen zur Erreichung globaler Entwicklungsziele ein.
 - unterstützt die lateinamerikanischen Staaten darin, durch die Förderung von Privateigentum bei den benachteiligten Bevölkerungsschichten, einschließlich der Schaffung von Eigentumstiteln und durch den Schutz des Eigentums, den formellen Sektor der Wirtschaft zu fördern und die Teilnahme am offiziellen Kapitalmarkt zu sichern.

Energie und Rohstoffe nachhaltig gewinnen und nutzen

Die Energie- und Rohstoffpolitik ist in der Zusammenarbeit Deutschlands mit Lateinamerika ein bedeutendes Thema. Deutschland ist im Energiebereich einer der wichtigen bilateralen Kooperationspartner in der Region. Die Kooperation erstreckt sich über die klassischen Energieträger hinaus insbesondere auf die Unterstützung der Nutzung Erneuerbarer Energien in der Region. Das Potential zur Erhöhung der Energieeffizienz im Wohnungsbau, im Verkehr, in der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung und im Produktionsprozess ist in Lateinamerika hoch und noch nicht ausgeschöpft. Das gleiche gilt für die Effizienz bei Erzeugung und Transport von Energie. Auch eine nachhaltige, sichere und kostenadäquate **Energie- und Rohstoffversorgung** Deutschlands ist wichtiger Gegenstand der Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung

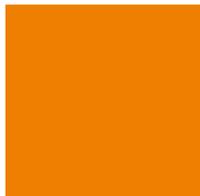
- steht den Staaten der Region beim Aufbau nachhaltiger Energiesysteme durch Beratung, Finanzierung von Vorhaben sowie durch Energie- und Klimaschutzabkommen zur Seite.
- fördert nachhaltige Energiewirtschaft multilateral im Rahmen der Internatio-

nen Organisation für Erneuerbare Energien²¹ (IRENA) sowie in Zusammenarbeit mit CEPAL, IDB und mit regionalen Institutionen und Entwicklungsbanken.

- bekräftigt die Zusammenarbeit auf der Grundlage bestehender Abkommen. Dazu gehören zum Beispiel das Abkommen mit Brasilien über die friedliche Nutzung der Kernenergie von 1975 und das Abkommen über Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf Kooperationen bei Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz von 2008, das Ende 2009 in Kraft getreten ist.

Deutsche Unternehmen haben beste Voraussetzungen, um an der Modernisierung der Energieerzeugung in Lateinamerika teilzunehmen. Es gilt, auch neue Märkte insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Umwelttechnologie sowie der Rohstoffförderung zu erschließen. Durch die Nutzung des Clean Development Mechanismus²² (CDM) zur Vermeidung zusätzlicher Emissionen konnten bereits über 50 Gemeinschaftsprojekte in Lateinamerika mit deutscher Beteiligung durchgeführt werden.

Experimenteller Lithium-Abbau durch
die Universität Potosí, Bolivien in Ko-
operation mit der Universität Freiberg



Die Bundesregierung

- fördert weiterhin mit Exportinitiativen zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz wie „Renewables made in Germany“ und „Energy Efficiency – made in Germany“ den Export von Technologie und Wissen nach Lateinamerika. Die Initiativen konzentrieren sich auf die Bereiche der Energiegewinnung durch Photovoltaik, Wasserkraft, Biogas, Biomasse und Wind, auf die Solar- und Geothermie sowie die Energieeffizienz bei Verkehr, Industrie und Haushalten.
- befürwortet innovative Ansätze in der Technologie-Kooperation durch Joint Ventures oder öffentlich-private Partnerschaften²³.
- unterstützt die Beteiligung deutscher Unternehmen an CDM-Projekten.

Lateinamerika ist ein wichtiger **Rohstoffexporteur**. Dagegen ist Deutschland als rohstoffarmes Land und High-Tech-Standort stark von **Importen** abhängig, nicht nur bei Energierohstoffen, sondern auch bei nicht-energetischen Rohstoffen wie Metallen. Für die Rohstoffpolitik der Bundesregierung spielt neben der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit der Produktion auch die Versorgungssicherheit eine zentrale Rolle. In Lateinamerika finden sich große Vorkommen an mineralischen Rohstoffen wie Eisen,

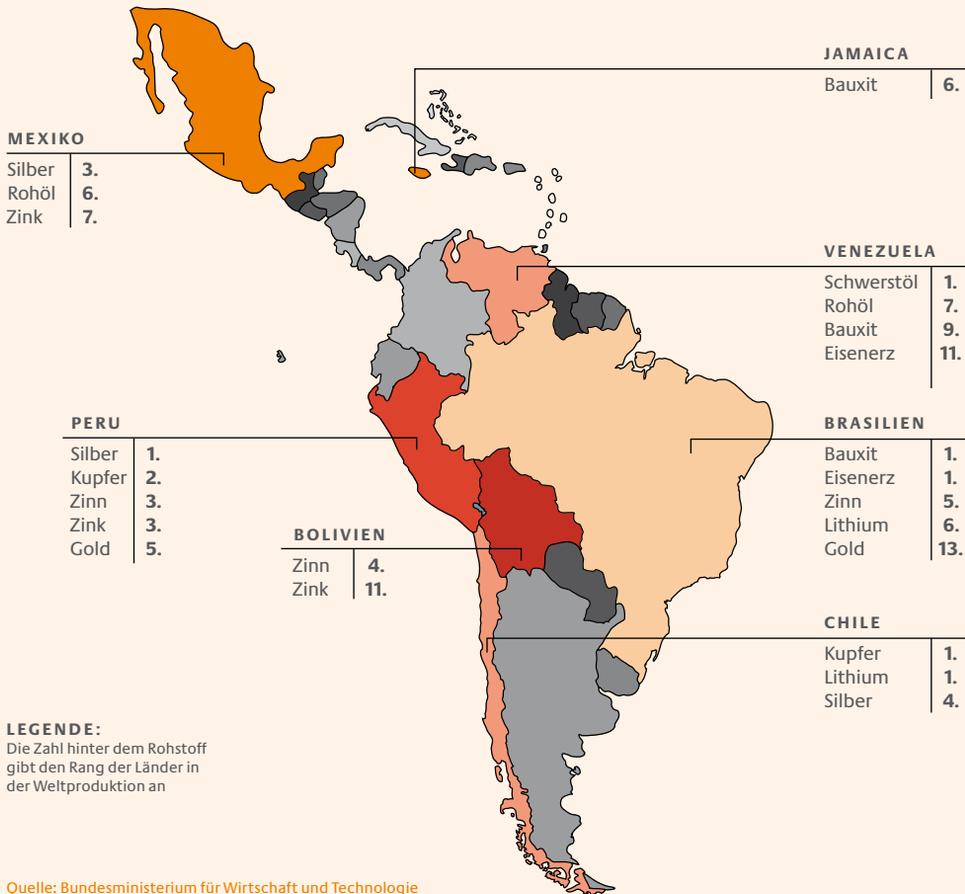


Solarstrom auf dem Stadion: Nachhaltige Energie für die Fußball-WM 2014

Deutschland setzt sich auch in Lateinamerika für Erneuerbare Energien ein. Ein konkretes Beispiel dafür werden Fußballfans aus aller Welt bei der Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien sehen können. Deutschland wird im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Dächer der beiden Stadien am WM-Austragungsort Belo Horizonte mit Solaranlagen ausstatten. Die damit gewonnene Energie wird ins Stromnetz eingespeist. Zusammen bieten die Stadiendächer eine Fläche von ca. 17.000 m², auf der die Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von 1,1–2,5 Megawatt installiert werden sollen. Auch die Energieeffizienz der beiden Stadien wird gesteigert. Energieeffizienz und Erneuerbare Energien: Das heißt 2:0 für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung!

Foto: Perspektive des Stadions Mineirão, Belo Horizonte, Brasilien

PRODUKTION WICHTIGER ROHSTOFFE



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Kupfer, Zinn und Lithium. So sind Chile und Peru die weltweit größten Produzenten von Kupfer. Knapp 60% der weltweiten Produktion von Lithium, das für die Herstellung von Lithium-Ionen Akkus zum Beispiel für Elektroautos wichtig ist, kommen aus Lateinamerika. Sie sind sowohl für die verarbeitende Industrie als auch für die Entwicklung und den Einsatz von Zukunftstechnologien zentral. Zudem wird die Rolle Lateinamerikas bei der Versorgung der Weltmärkte mit Erdöl und Erdgas weiter zunehmen. Schon heute werden etwa 13% der weltweiten Erdölproduktion in Lateinamerika durchgeführt. Die Sicherung der Rohstoffversorgung liegt in Deutschland ebenso wie in den anderen europäischen Industrieländern primär in der Eigenverantwortung der Privatwirtschaft. Die Bundesregierung fördert die Industrie bei ihrem Engagement in Lateinamerika durch breite Unterstützung und Flankierung im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik.

Die Bundesregierung

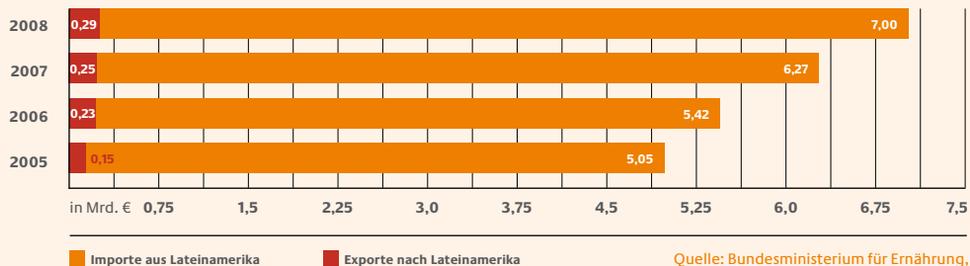
- begleitet konkrete Vorhaben der Industrie beim Zugang zu Rohstoffen auch in Lateinamerika und leistet – soweit möglich – einzelfallbezogen Unterstützung.
- setzt sich für den Abbau von Barrieren beim Zugang zu Rohstoffen ein, um funktionierende Märkte und Wettbewerb zu

garantieren. Beispiele für solche Barrieren sind auf Seiten Lateinamerikas Exportsteuern, auf Seiten der EU hohe Außenzölle für nachwachsende Rohstoffe.

- legt Wert darauf, dass Rohstoffabbau und -handel in nachhaltiger Form erfolgen. Sie will mit den Staaten Lateinamerikas zusammenarbeiten, um eine nachhaltige Nutzung ihrer Rohstoffe sicherzustellen.
- fördert die Initiative zur Transparenz in der Rohstoffindustrie²⁴ („Extractive Industries Transparency Initiative“, EITI) sowie Zertifizierungsmaßnahmen.

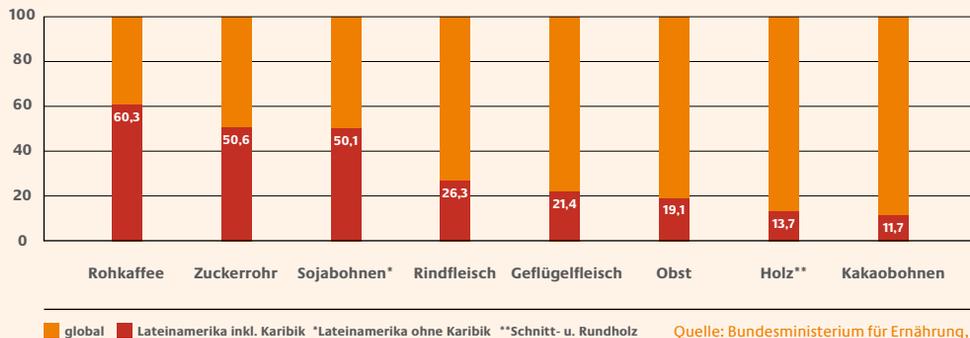
Als großer Produzent und Exporteur **landwirtschaftlicher Güter** ist Lateinamerika ein bedeutender, unverzichtbarer Partner Deutschlands im Agrarbereich. Lateinamerika hat die größte landwirtschaftlich nutzbare Fläche der Welt. Fleisch, insbesondere Rindfleisch und Geflügel, Soja, Kaffee, Kakao, Obst, Holz und zunehmend Biotreibstoffe sind besonders nennenswerte Produkte. Auch als Absatzmarkt für Produkte der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie deutscher Agrartechnik wird die Region immer interessanter. Die Schlüsselrolle einiger lateinamerikanischer Staaten in der Agrarhandelspolitik hat zu einer Intensivierung des agrarpolitischen Dialogs geführt. Diese Schlüsselrolle zeigt sich vor allem im Kontext der Welthandels-

Deutscher Agrarhandel mit Lateinamerika



Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Anteil an der globalen Produktion wichtiger Agrargüter im Jahr 2008 in %



Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

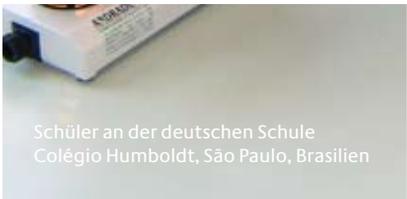
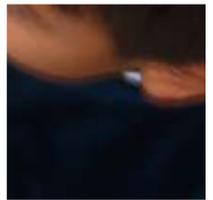
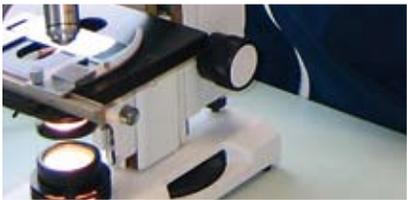
organisation, aber auch in sanitären und phytosanitären Fragen²⁵. Darüber hinaus gewinnt in Lateinamerika die Anpassung der Agrarproduktion in Folge des Klimawandels zunehmend an Brisanz.

Die Bundesregierung

- will den agrarpolitischen Dialog weiter ausbauen. Die mit Brasilien eingerichtete Agribusiness-Initiative sowie die AG Bio-kraftstoffe im Rahmen des deutsch-brasilianischen Energieabkommens sind Beispiele für geeignete Plattformen.
- setzt auf Kooperationsprojekte von gegenseitigem Nutzen, insbesondere in der Agrarforschung oder im Bereich Genossenschaftswesen.
- unterstützt die Nachhaltigkeit in der Produktion landwirtschaftlicher Güter.
- will durch enge Kooperation in den internationalen Gremien wie der Welternährungsorganisation (FAO) oder dem Ausschuss für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security, CFS) sowie durch gemeinsame Projekte mit Lateinamerika einen Beitrag zur Ernährungssicherung in der Region und zur Verbesserung der Welternährung leisten.

Kompetenzzentrum Agrar- und Ernährungswirtschaft für Mercosur in São Paulo

Der Ausbau von Handel und Kooperation zwischen Deutschland und Brasilien ist ein Kernelement der bilateralen Beziehungen. Dem wird auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft Rechnung getragen. Das 2009 im German Business Center der Auslandshandelskammer (AHK) São Paulo eröffnete Kompetenzzentrum der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft ist das weltweit erste Zentrum dieser Art einer deutschen AHK. Es steht sowohl Importeuren aus dem Mercosur als auch deutschen Lebensmittelexporturen mit fachlicher Erfahrung zur Seite. Die Angebote reichen von Kontaktbörsen über Markterkundungs- und Geschäftsreisen bis zu Marktstudien. Zudem bieten Messeauftritte unter dem Motto „Made in Germany“ deutschen Produkten, die einen exzellenten Ruf genießen, eine Plattform zur Präsentation.



Schüler an der deutschen Schule
Colégio Humboldt, São Paulo, Brasilien

4. Eine Partnerschaft für die Menschen: gegenseitig voneinander lernen

Forschung vernetzen, Innovation anregen

Auch auf dem Gebiet der Wissenschaft, Forschung und Innovation wächst die Bedeutung Lateinamerikas kontinuierlich. Die nationalen Investitionen in Bildung und Forschung in Lateinamerika tragen Früchte, so dass viele Länder der Region sich zu immer wichtigeren Partnern Deutschlands entwickeln. Die Kernelemente der deutschen Bildungs- und Forschungspolitik bilden die Grundlage der Zusammenarbeit. Dazu gehören die Hightech-Strategie²⁶, der Pakt für Forschung und Innovation²⁷ und die Exzellenzinitiative²⁸.

Das deutsche Forschungsförderungssystem bietet sehr gute Voraussetzungen für eine enge Kooperation. Im Rahmen dieser Kooperation haben sich vielfältige Beziehungen in den Bereichen natur- und geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung, umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, neue Technologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Lebenswissenschaften, Arbeitsgestaltung, strukturelle Forschungsförderung an Hochschulen sowie Innovationsförderung und Technologietransfer

entwickelt und werden weiter intensiviert. Durch die weltweit wachsende Bedeutung Lateinamerikas und die intensive Weiterentwicklung der Region ist es erforderlich, die Kooperationen zu intensivieren und strategisch auszurichten. Ein wichtiger Baustein der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung im Bereich Wissenschaft und Forschung ist die Durchführung Internationaler Wissenschaftsjahre, die zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Deutschland beitragen. So findet gemeinsam mit der brasilianischen Regierung das Deutsch-Brasilianische Jahr der Wissenschaft, Technologie und Innovation 2010/11 statt. Deutschland verfügt in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation über wichtige, effiziente, innovative und gut vernetzte Strukturen. Lateinamerika stellt sich in diesen Bereichen als attraktiver Investitionsstandort dar. Mit der Durchführung von Innovationsforen und der Teilnahme an Fachmessen wird deutschen forschungs- und entwicklungsintensiven Unternehmen das Tor nach Lateinamerika geöffnet. Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit Lateinamerika in strategischen Bereichen zu intensivieren und neue, effiziente Formen der Kooperation zu entwickeln und umzusetzen, etwa durch die Einrichtung bilateraler Forschungsfonds. Der zunehmenden Internationalisierung der

akademischen Zusammenarbeit müssen wir Rechnung tragen. Es gilt daher auch in Lateinamerika, die fachliche Kompetenz verschiedener Universitäten und Forschungseinrichtungen zu bündeln. So wird die regionale Ausstrahlungskraft von Forschungs- und Studienangeboten gestärkt. Deutschland unterstützt diese Zusammenarbeit bereits durch die Einrichtung zweier deutsch-lateinamerikanischer Exzellenz-Zentren in Chile und Kolumbien. Die Förderung dieser Zentren, die auf einer langjährigen Kooperation mit den deutschen Partnern aufbauen, ergänzt die deutschen Gropius-, Humboldt-, und Martius-Lehrstühle in Argentinien, Brasilien und Mexiko. Der deutschen Lateinamerikaforschung kommt in der wissenschaftlichen Kooperation mit Lateinamerika traditionell eine wichtige Vermittlerrolle zu. Darüber hinaus dient sie der Politikberatung in der praktischen Ausgestaltung bilateraler und globaler Zusammenarbeit.

Grenzenlose Forschung: Gemeinsame Exzellenz-Zentren in Chile und Kolumbien

Herausragende Wissenschaftler im Ausland mit der Forschung und Lehre deutscher Hochschulen verbinden: Das ist das Ziel der Exzellenz-Zentren, die im Rahmen der Außenwissenschaftsinitiative des Auswärtigen Amts eingerichtet wurden. Vier Zentren wurden insgesamt gegründet, davon zwei in Lateinamerika. In Chile kooperiert die Universität Heidelberg mit der Universidad de Chile und der Pontificia Universidad Católica in den Fächern Medizinische Physik, Informatik, Geo-/Umweltwissenschaften und Astronomie. In Kolumbien bauen die Universitäten Gießen und Kiel sowie das Leibniz-Zentrum für Marine Tropenökologie Bremen mit drei kolumbianischen Universitäten ein Zentrum für Meereswissenschaften in Santa Marta auf.

Die Bundesregierung

- unterstützt die von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft in Argentinien betriebene Einrichtung eines Deutsch-Argentinischen Hochschulzentrums, um deutsch-argentinische Studiengänge, Doppelabschlüsse und sonstige Hochschulkooperationen zwischen beiden Ländern durch Beratung und Förderung voranzutreiben.
- unterstützt die Errichtung des Max-Planck-Partnerinstituts in Buenos Aires als erstes Max-Planck-Institut in Südamerika.
- will den Wissenschaftsstandort Deutschland durch die Kooperation in Wissenschaft, Technologie und Innovation, insbesondere auch mit Brasilien, stärken. Sie will die vielfältigen und engen Beziehungen für die breite Bevölkerung sichtbar machen.
- fördert aktiv die Einrichtung weiterer regionaler Exzellenz- und Fachzentren für Europastudien, Bergbau und Erneuerbare Energien und stärkt die Ausstrahlung bestehender Zentren durch Stipendien für Lateinamerikaner und Deutsche.
- stärkt die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und lateinamerikanischen Hochschulen durch fachbezogene Hochschulpartnerschaften z. B. über

den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD).

- strebt eine Ausweitung der Mitfinanzierung deutsch-ausländischer Stipendienprogramme an.
- fördert in ausgewählten lateinamerikanischen Ländern verstärkt Doppelpromotionen mit deutschen Hochschulen, auch mit Hilfe des DAAD.
- setzt sich weiterhin für die Fortentwicklung der Lateinamerika-Forschung in Deutschland ein.

Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus in São Paulo

In São Paulo, dem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zentrum Brasiliens, wirbt das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus für den Innovationsstandort Deutschland und lädt zu einer verstärkten Kooperation zwischen beiden Ländern ein. Es bündelt den Auftritt der deutschen Wissenschaftsorganisationen und dient als Forum für Veranstaltungen und Service. Unsere Auslandshandelskammer führt den Aufbau in enger Abstimmung mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst durch. Beide sorgen für eine enge Koordination zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.



Eingangsportal der Universität
in La Paz, Bolivien

Menschen verbinden: Deutsche Sprache und Kultur fördern

Seit den Reisen Alexander von Humboldts in die „Neue Welt“ übt Lateinamerika auf die Deutschen eine besondere Anziehungskraft aus. Viele Deutsche gingen als Unternehmer, Arbeiter und Siedler nach Lateinamerika. Sie nahmen ihre Sprache und Kultur und zugleich technische Neuerungen mit. So wurden sie zu einem wichtigen Teil der Entwicklung in ihrer neuen Umgebung. Die Rückkehrer nahmen ihre Eindrücke aus der neuen Welt mit nach Hause und bereicherten damit Kunst und Kultur ihrer Heimat. Die deutschen Gemeinschaften in vielen Regionen Lateinamerikas fungieren als wichtige Brücke zwischen unseren Kulturen. Auf der Grundlage dieser historischen Bindungen strebt die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik danach, diese Beziehungen zu modernisieren und zu vertiefen. Hierzu kann sie in Lateinamerika auf ein Netzwerk von Institutionen zurückgreifen. Sie weisen zum Teil eine mehr als hundertjährige Tradition auf und sind tief in ihren Gastländern verankert: Die Goethe-Institute, die Kulturgesellschaften, die Deutschen Schulen und sonstigen Partnerschulen und die Lektorate des DAAD haben eine wesentliche Rolle bei der Wahrung, der Festigung und dem Ausbau der kulturellen Verbindungen

zwischen Deutschland und Lateinamerika. Die deutsche Sprache hat eine lange Tradition in Lateinamerika. Sie wird von deutschen Einwanderern in ihren Siedlungsgebieten gepflegt und seit mehr als 150 Jahren an deutschen Schulen unterrichtet. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache, zu deren Erwerb die deutschen Auslandsschulen einen beachtlichen Beitrag leisten, sind der Schlüssel für wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch mit Deutschland. Sie erleichtern ein Studium hier, aber auch ein besseres berufliches Fortkommen im eigenen Lande. Das Interesse an der deutschen Sprache ist in den letzten Jahren in Lateinamerika neu erwacht. Besonders dazu beigetragen hat die Partnerschulinitiative der Bundesregierung (PASCH). Im Rahmen dieser Initiative wurde

Deutsche kulturelle Präsenz in Lateinamerika und der Karibik

Deutschlandzentren	2
Partnerschulen	184
davon Deutsche Auslandsschulen	37
Goethe-Institute	15
Deutsche Kulturgesellschaften	42
DAAD-Außenstellen	2
DAAD-Informationszentren	7
DAAD-Lektorate an Hochschulen	32

Quelle: Auswärtiges Amt



Außenminister Guido Westerwelle enthüllt die „PASCH-Plakette“ im Colégio Visconde de Porto Seguro, São Paulo

die Zahl der Deutsch unterrichtenden Schulen deutlich erhöht. 67 Partnerschulen in ganz Lateinamerika wurden als neue Partnerschulen gewonnen. Sie vertiefen nun ihr Angebot an Deutschunterricht oder führen Deutsch als Fremdsprache neu ein. Auch die Ansprache bestimmter Zielgruppen – beispielsweise junger Ingenieure – an den Universitäten hat einen entscheidenden Beitrag zum wachsenden Interesse an der deutschen Sprache geleistet. Die Goethe-Institute in der Region fördern das Interesse an der deutschen Sprache durch ihr Angebot an Sprachkursen entscheidend.

Die Bundesregierung

- behandelt Lateinamerika als eine Schwerpunktregion deutscher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik.
- will das Netzwerk der deutschen kulturellen Einrichtungen in Lateinamerika festigen, um die Verständigung zwischen den

Menschen beider Regionen zu fördern.

- will das Interesse an Deutsch als Fremdsprache weiter steigern durch verbesserte Fortbildungs- und Stipendienangebote.
- fördert und stärkt das Netz an Partnerschulen in Lateinamerika, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten.
- strebt an, das Potential der Absolventen deutscher Schulen als Mittler zwischen Lateinamerika und Deutschland stärker zu nutzen.
- will Absolventen deutscher Schulen verstärkt für ein Studium an deutschen Universitäten gewinnen.
- stärkt die Aus- und Fortbildung von Deutschlehrern in der Region und fördert den Ausbau von entsprechenden Studienangeboten.
- will das Interesse vor allem der jungen Generation für Deutschland wecken und noch stärker fördern.

Die 200-Jahr-Feiern der Unabhängigkeit von 10 Staaten Lateinamerikas sind für die Bundesregierung Anlass, Projekte der **Kulturzusammenarbeit** auszubauen. Anknüpfend an die lange gemeinsame Geschichte präsentiert sich Deutschland aus diesem Anlass als modernes, vor allem auch in der Wissenschaft führendes Land. Die Fußball-WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016, die beide in Brasilien stattfinden, sind sichtbares Zeichen der internationalen Wertschätzung für Brasilien und Lateinamerika.

Die Bundesregierung

- begleitet und stärkt die Beziehungen zu Lateinamerika auch künftig durch gezielte Projekte der Kulturzusammenarbeit.
- wird 2013 ein „Deutschlandjahr“ in Brasilien gemeinsam mit Partnern in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur durchführen, um das moderne Deutschland facettenreich darzustellen sowie die zahlreichen Partnerschaften zu stärken und weiter auszubauen.
- wird die bilateralen Sportbeziehungen, insbesondere im Vorfeld der Fußball-WM und der Olympischen Spiele, weiter ausbauen; sie stärkt dadurch das hohe Ansehen Deutschlands in den internationalen Sportbeziehungen.
- verstetigt in Lateinamerika Freiwilligenprogramme wie „Weltwärts“ und „Kultur-

weit“, in deren Rahmen junge Deutsche einen mehrmonatigen Freiwilligendienst in Entwicklungshilfe oder Kulturaustausch im Ausland leisten.

- vermittelt über die Deutschlandzentren in Mexiko und Brasilien besonders der Jugend Lateinamerikas ein zeitgemäßes, vielseitiges Deutschlandbild.
- fördert umgekehrt auch das Interesse junger Deutscher für Lateinamerika und unterstützt zu diesem Zweck Aktivitäten in Deutschland, unter anderem der Bundeszentrale für Politische Bildung, die ein zeitgemäßes Lateinamerika-Bild vermitteln.



September 2007: 150 Jahre deutsch-argentinische Beziehungen

5. Aktiv gestalten: deutsche Lateinamerika-Politik in Europa

Die deutsche Lateinamerika-Politik ist ohne die europäische Dimension nicht mehr denkbar. Ein wesentlicher Teil der deutschen Beziehungen zu Lateinamerika realisiert sich heute im Rahmen der Europäischen Union. Es entspricht der Dichte der breit gefächerten Verbindungen Deutschlands zu Lateinamerika, unserem Gewicht innerhalb der EU sowie unseren Interessen, dass wir uns dafür einsetzen, die strategische Partnerschaft der EU mit Lateinamerika zu stärken und konkret mit Leben zu füllen. Bei ihrem Beitrag zu den europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen orientiert sich die Bundesregierung an den selben Leitlinien, die auch der nationalen Lateinamerika-Politik zu Grunde liegen. So bildet die Menschenrechtspolitik einen fundamentalen Bestandteil deutscher Außenpolitik. Dementsprechend fordert die Bundesregierung im Einklang mit dem Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Kuba von 1996 sowie den Beschlüssen des Rats der EU-Außenminister der Jahre 2008 und 2009 sowohl auf bilateraler als auch europäischer Ebene von Kuba die Wahrung der Menschenrechte und die Freilassung der politischen Gefangenen. Im Rahmen des 2008 aufgenommenen EU-Kuba-Dialogs unterstreicht die EU regel-

mäßig die Notwendigkeit von Fortschritten im Hinblick auf Demokratisierung, Menschenrechte und politische Freiheiten.

Der sogenannte „EU-LAK-Prozess“ bildet den Rahmen für die interregionale Zusammenarbeit. Die Kooperation basiert auf der strategischen Partnerschaft, die 1999 in Rio de Janeiro, Brasilien begründet wurde. Die Beziehungen umfassen eine große Bandbreite an Themen. Dazu gehören unter anderem Handel, sozialer Zusammenhalt, Innovation und Technologie, Klimawandel und Umweltschutz, Migration, Menschenrechte sowie der strukturierte Dialog zum Thema Drogenbekämpfung. Auf dem EU-LAK-Gipfel in Madrid im Mai 2010 wurde ein Aktionsplan mit konkreten Impulsen unter anderem in den Bereichen Innovation, Wissenschaft und Forschung sowie zur Lösung des weltweiten Drogenproblems beschlossen, um die Partnerschaft zwischen den Regionen auszugestalten. Zudem bietet der EU-LAK-Prozess ein Forum des Politischen Dialogs zu wichtigen globalen Fragen. Er dient auch als Grundlage für die Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen. Die Gründung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer Staaten (CELAC) ist Anlass, erneut über die Ausgestaltung der Formate und Mechanismen des EU-LAK-Prozesses nachzudenken. Assoziations- und Freihandelsabkommen sowie Partnerschaften mit Subregionen und

einzelnen Ländern erlauben der EU eine umfassende, zugleich gezielte und differenzierte Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Sie erfüllen die strategische Partnerschaft der EU mit Lateinamerika mit Leben, öffnen Märkte auf beiden Seiten und helfen den lateinamerikanischen Partnern bei nachhaltiger Entwicklung. Zudem stärken sie die Bedeutung Lateinamerikas in Europa und die Bedeutung Europas in Lateinamerika, auch im Wettbewerb mit anderen Regionen und Ländern. Subregionale Abkommen fördern vor allem den wirt-

schaftlichen Austausch der Länder untereinander. Die Bundesregierung befürwortet den Ansatz der EU, lateinamerikanische Bemühungen um regionale und subregionale Zusammenarbeit und Integration zu unterstützen. Dieser Ansatz soll aber nicht den Weg verstellen für die Kooperation auf der Basis bilateraler oder Mehrparteien-Verträge²⁹. Vor allem dort, wo die Integrationsbemühungen an ihre Grenzen stoßen oder Differenzierungen zwischen den Ländern geboten sind, wächst die Bedeutung bilateraler Beziehungen.

Abkommen zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik (Auswahl)

	Art	Status	Art des Abkommens
Chile	A	In Kraft seit 2005	A: EU-Assoziationsabkommen ³⁰ F: EU-Freihandelsabkommen ³¹ K: EU-Kooperationsabkommen ³² W: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ³³
Mercosur	A	In Verhandlung	
Zentralamerika	A	Verhandlungen 2010 abgeschlossen	
Bolivien	F	Sondierungen	
Ecuador	F	Sondierungen	
Kolumbien	F	Verhandlungen 2010 abgeschlossen	
Peru	F	Verhandlungen 2010 abgeschlossen	
Andengemeinschaft	K	2003 unterzeichnet	
Argentinien	K	In Kraft seit 1991	
Brasilien	K	In Kraft seit 1995	
Mexiko	K	In Kraft seit 2000	
Paraguay	K	In Kraft seit 1991	
Uruguay	K	In Kraft seit 1994	
Cariforum	W	2008 unterzeichnet	

Quelle: Europäische Kommission



Bundeskanzlerin Angela Merkel während einer Rede auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima

Die Bundesregierung

- betrachtet den EU-LAK-Prozess als Impulsgeber für den strategischen Dialog zwischen den beiden Regionen.
- will die Zusammenarbeit der EU mit Lateinamerika auch künftig durch eigene Aktivitäten und Veranstaltungen fördern und prägen.
- tritt innerhalb der EU für ein kohärentes und abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedsstaaten gegenüber Lateinamerika und einzelnen Ländern der Region ein.
- wird, wo sinnvoll, unter Beibehaltung des Ziels interregionaler Kooperation auch subregionale und gegebenenfalls bilaterale Kooperationen stärker in den Vordergrund rücken.
- arbeitet auf raschen Abschluss, schnelle Ratifizierung und umfassende Anwendung der Assoziations- und Freihandelsabkommen mit Ländern und Regionen Lateinamerikas hin.

Sie unterstützt aktiv den Abschluss weiterer entsprechender Abkommen.

- begrüßt den Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer EU-LAK-Stiftung und will diese aktiv unterstützen.

6. Ausblick

Deutsche Lateinamerika-Politik orientiert sich an den Werten und Interessen, die die deutsche Außenpolitik insgesamt prägen. Zugleich berücksichtigt sie die Besonderheiten der Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Zwischen Chile und den Bahamas, zwischen Mexiko und Argentinien zeichnen sich die einzelnen Länder durch große Heterogenität aus, geprägt von kultureller Vielfalt, unterschiedlichen geographischen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Hierauf geht die deutsche Politik differenziert ein. Unabhängig davon gibt es ein historisch gewachsenes Fundament an Gemeinsamkeiten und

kulturellen Verbindungen, das die Beziehungen Deutschlands zu dieser Region besonders charakterisiert.

Das Fundament zu erhalten und zu festigen ist ein wichtiges Ziel unserer Lateinamerika- und Karibikpolitik. Wir können dabei auf die gewachsene und weiter wachsende Kultur- und Wissenschaftskooperation aufbauen. Wir wollen aber auch neue Formen der Zusammenarbeit finden, die dem gewachsenen Gewicht Lateinamerikas und der Karibik in der Welt gerecht werden: bilateral zum gegenseitigen Vorteil, multilateral in Verantwortung für die Menschen, um gemeinsam auch die globalen Herausforderungen zu meistern.

01_Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung

Die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung ist eine nationale ressortübergreifende Strategie zur Unterstützung der Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung. Dazu werden unter anderem Maßnahmen zur verbesserten Mobilität von wissenschaftlichem Personal, zur internationalen Kooperation in Forschungsprogrammen und zu einer international abgestimmten Forschungsagenda umgesetzt. Sie werden flankiert durch eine koordinierte Präsenz der deutschen Wissenschaft im Ausland, durch Information der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft und durch gezielte Werbung für den Studien-, Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland.

02_G20

Die G20 umfassen die führenden Industrie- und Schwellenländer, insgesamt 19 Staaten sowie die Europäische Union. Aus Lateinamerika gehören Mexiko, Brasilien und Argentinien der Gruppe an. Die G20 wurden 1999 in Reaktion auf die Asienkrise der neunziger Jahre als Format der Finanzminister und Notenbankchefs gegründet. Seit Herbst 2008 tagen die G20 regelmäßig auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Die Gruppe spielt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

03_OECD

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde 1961 gegründet und umfasst 31 Staaten. Mitglieder aus Lateinamerika sind Mexiko und Chile. Ziele der OECD sind die Koordinierung und Standardsetzung nationaler und internationaler Wirtschaftspolitik.

04_Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen gegen Folgen des Klimawandels

Minderung und Anpassung sind, zusammen mit Finanzierung und Technologie-Kooperation, die zentralen Themen der internationalen Klimaschutzverhandlungen. Bei „Minderung“ geht es um die Verringerung des globalen Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase durch die Festlegung quantifizierter Emissionsobergrenzen zumindest für alle großen Emittentenstaaten weltweit. Bei „Anpassung“ geht es um Unterstützung seitens der Industrieländer für besonders vom Klimawandel betroffene Entwicklungsländer bei Maßnahmen zur Anpassung an nicht mehr abwendbare, klimabedingte Änderungen der Lebensbedingungen.

05_Europäische Sicherheitsstrategie

Die Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ wurde 2003 vom Europäischen Rat in Brüssel angenommen. Sie dient der strategischen Positionsbestimmung der Europäischen Union nach dem Ende des Kalten Kriegs 1989/90 und den Anschlägen vom 11. September 2001. Sie ist die Grundlage für den strategischen Dialog mit unseren Partnern und für die Definition der gemeinsamen Sicherheitsinteressen und damit des Außenhandels der EU. Sie identifiziert die Hauptbedrohungen für die Sicherheit der EU, definiert die strategischen Ziele und die Instrumente des Außenhandels der EU. Die ESS wurde im Dezember 2008 vom Europäischen Rat durch Annahme eines Implementierungsberichts sowie Erklärungen zur Stärkung der Fähigkeiten und zur Stärkung der internationalen Sicherheit ergänzt.

06_Kleinwaffenaktionsprogramm der Vereinten Nationen (VN)

Das Kleinwaffenaktionsprogramm der Vereinten Nationen wurde im Juli 2001 von der VN-Konferenz

über sämtliche Gesichtspunkte des unrechtmäßigen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen („Conference on the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects“) verabschiedet. Es enthält Aussagen und Empfehlungen zu fast allen Aspekten der Kleinwaffenkontrolle und ist Ausgangspunkt für eine Vielzahl weltweiter und regionaler Initiativen. Ziel ist, Staaten bei der Umsetzung des Aktionsprogramms zu helfen und einen möglichst breiten Konsens zu finden.

07_Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM)

Die ersten vertrauensbildenden Maßnahmen wurden in der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 in Helsinki festgeschrieben. Sie verfolgten das Ziel, die Gefahr von bewaffneten Konflikten zu vermindern. In der Weiterentwicklung zu sogenannten Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) richtete sich der Fokus vermehrt darauf, durch größere Offenheit und Transparenz die Berechenbarkeit in militärischen Angelegenheiten zu verbessern. Heute besteht der sogenannte VSBM-Acquis der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aus einer Reihe von Dokumenten, die in der Regel politisch verbindlich sind. Sie stellen ein umfassendes Regelwerk für den obligatorischen und überprüfbaren Austausch militärischer Informationen dar.

08_EU-Drogenstrategie 2005–2012

Die EU-Drogenstrategie ist die aktuelle, vom Rat der EU für einen Zeitraum von 8 Jahren verabschiedete Rahmenplanung der EU zum Vorgehen im Bereich Drogenprävention, Reduzierung des Drogenanbaus und des Drogenschmuggels. Auf ihrer Grundlage werden die EU-Drogenaktionspläne für einen Vierjahreszeitraum, gegenwärtig 2009–2012, erstellt.

09_EU-LAK Koordinations- und Kooperationsmechanismus zur Drogenpolitik

Der EU-LAK Koordinations- und Kooperationsmechanismus zur Drogenpolitik ist ein regelmäßiger Drittstaatsdialog der EU mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik zum Thema Drogen, zum Teil auf hochrangiger, gewöhnlich auf Expertenebene.

10_Strukturierter Migrationsdialog EU-LAK

Der strukturierte EU-LAK Migrationsdialog sieht einen umfassenden Dialog zu migrationspolitischen Aspekten zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik vor. Grundlage des Dialogs ist die Lima-Gipfelerklärung von Mai 2007 sowie ein gemeinsames Grundlagenpapier („Basis for Structuring the EU-LAC Dialogue on Migration“) von Juni 2009.

11_Wasserressourcenmanagement

Wasserressourcenmanagement hat das Ziel, Wasser ökologisch nachhaltig so zu bewirtschaften, dass der ökonomische und soziale Nutzen maximiert wird.

12_Dreieckskooperation

Dreieckskooperationen sind gemeinsam geplante, finanzierte und umgesetzte Kooperationsprojekte zwischen einem Industrieland, einem Schwellenland und einem Entwicklungsland. Neben dem Ziel der gemeinsamen Leistungserbringung für das Entwicklungsland tragen sie insbesondere dazu bei, den gegenseitigen Dialog und das gemeinsame Lernen zwischen dem Schwellenland und deutscher Entwicklungspolitik zu fördern. Durch die geopolitischen Veränderungen, vor allem die zunehmende Bedeutung von Schwellenländern wie Brasilien, China oder Indien, kommt Dreieckskooperationen eine wachsende Bedeutung zu.

13_Millenniumsentwicklungsziele (MDGs)

Im Jahr 2000 verabschiedeten 189 Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) die Millenniumserklärung und verpflichteten sich damit auf gemeinsame, verbindliche Ziele. Hieraus abgeleitet wurden im Jahr 2001 acht Millenniumsentwick-

lungsziele (Millennium Development Goals, MDGs). Sie umfassen die Halbierung von absoluter Armut und Hunger, Grundschulbildung für alle, die Förderung von Geschlechtergleichstellung, die Reduzierung der Sterblichkeit von unter fünfjährigen Kindern um zwei Drittel, die Reduzierung der Müttersterblichkeit um drei Viertel, die Reduzierung der Ausbreitung von HIV/ Aids, Malaria und anderen Epidemien, die Umweltverträglichkeit der Entwicklungsprozesse sowie die globale Partnerschaft für Entwicklung. Die Millenniumserklärung und die MDGs stellen heute den wichtigsten internationalen Referenzrahmen für Entwicklungspolitik und globale Zukunftssicherung dar.

14_G8

Der G8 gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika an. Außerdem ist die Europäische Kommission vertreten. Die Staats- und Regierungschefs der Gruppe treffen sich seit Gründung 1975 zu jährlichen Gipfeln. Themen sind die globale Wirtschaftspolitik, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie Klima- und Umweltpolitik.

15_Landnutzungsänderungen

„Landnutzungsänderungen“ bezeichnen Veränderungen in der Art und Weise, wie Wald- und Bodenflächen bewirtschaftet werden. Darunter fällt beispielsweise die Umwandlung von Waldflächen in landwirtschaftliche Flächen. Das Thema ist für die internationalen Klimaverhandlungen von großer Bedeutung, da Böden und Wälder einerseits Treibhausgas-Emissionen hervorrufen, aber auch Kohlendioxid absorbieren und so senkend auf den Treibhausgas-Gehalt der Atmosphäre einwirken können.

16_Initiative Klima- und Umweltschutz

Mit der seit 2008 bestehenden Initiative Klima- und Umweltschutz (IKLU) finanziert das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) klimarelevante Investitionen vorrangig in fortgeschrittenen Ländern und Schwell-

enländern. Ziel ist, im Zeitraum 2008–2011 etwa 2,4 Milliarden Euro für rasch umsetzbare Vorhaben einzusetzen.

17_Energieeffiziente Mobilitätssysteme

Die Förderung energieeffizienter Mobilitätssysteme umfasst sowohl den Ausbau einzelner geeigneter Verkehrsträger wie Bahn, Bus und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) als auch die systematische und intelligente Vernetzung von Verkehrsträgern untereinander. Dabei sollen z. B. auch die Markteinführung neuer Technologien begünstigt und nachhaltiges Mobilitätsverhalten unterstützt werden. Auf diese Weise können der Energieverbrauch gesenkt und die verkehrbedingten Umwelt-, Gesundheits- und Klimabelastungen reduziert werden.

18_Internationale Klimaschutzinitiative (IKI)

Seit Beginn des Jahres 2008 stehen dem Bundesumweltministerium (BMU) aus der Versteigerung von Emissionshandelszertifikaten zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung einer Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Ziel ist, die vorhandenen Potenziale zur Emissionsminderung kostengünstig zu erschließen sowie innovative Modellprojekte für den Klimaschutz voranzubringen. Konkret werden Klimaschutzmaßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien gefördert. Die internationale Klimaschutzinitiative unterstützt darüber hinaus Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zum Schutz klimarelevanter Artenvielfalt in Entwicklungs- und Schwellenländern.

19_Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung

Die 2010 gestartete Außenwirtschaftsoffensive unterstützt die deutsche Wirtschaft dabei, gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorzugehen. Schlüsselaufgabe der Außenwirtschaftspolitik ist es dabei, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu setzen und so dafür zu sorgen, dass sich Wettbewerb und Handel möglichst ungehindert entfalten können.

Zur Außenwirtschaftsoffensive gehören daher die politische Flankierung deutscher Unternehmen im Ausland, die Nutzung aller vorhandenen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, der Bürokratieabbau und die außenwirtschaftspolitische Rahmengestaltung.

20_Global Compact

Der Global Compact der Vereinten Nationen, 2000 vom damaligen VN-Generalsekretär Kofi Annan gegründet, ist heute das weltweit größte und wichtigste Netzwerk für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Die teilnehmenden Unternehmen verpflichten sich, zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechten, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung umzusetzen.

21_Internationale Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA)

Die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) wurde im Januar 2009 auf deutsche Initiative hin gegründet. Der IRENA-Vertrag wurde bereits von über 140 Staaten gezeichnet und tritt nach Ratifikation von 25 Staaten im Juli 2010 in Kraft. Schwerpunkt der Tätigkeit von IRENA wird die Beratung ihrer Mitgliedsstaaten beim Auf- und Ausbau von politischen Rahmenbedingungen im Bereich Erneuerbarer Energien sein. Zudem leistet IRENA Unterstützung beim Technologie- und Wissenstransfer sowie beim Kompetenzaufbau.

22_Clean Development-Mechanismus

Der Clean Development-Mechanismus (CDM) der Vereinten Nationen erlaubt es Projekten in Entwicklungsländern, mit denen neben einer ohnehin stattfindenden Entwicklung zusätzlich Emissionen reduziert oder beseitigt werden, Emissionszertifikate zu verdienen. Diese Zertifikate können von Unternehmen gehandelt und verkauft werden. Sie können von Industrieländern genutzt werden, um die Reduzierung von Emissionen zu erreichen, zu der sie sich unter dem Kyoto-Protokoll verpflichtet haben.

23_Öffentlich-private Partnerschaften

Öffentlich-private Partnerschaften mit der Wirtschaft bezeichnen das Zusammenwirken von Staat und privater Wirtschaft bei Vorhaben, die einen im öffentlichen Interesse liegenden Nutzen erbringen und gleichzeitig im Interesse der beteiligten Unternehmen liegen. Staat und Unternehmen beteiligen sich an den Kosten und der Durchführung von Projekten und teilen dabei Chancen und Risiken. So werden zusätzliche privatwirtschaftliche Beiträge für politische Prozesse und Ziele mobilisiert. Die Unternehmen profitieren, indem sie bei der Erschließung neuer Märkte unterstützt werden. Gleichzeitig wird beispielsweise der Transfer moderner Technologien nach Lateinamerika gefördert.

24_Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft

Die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI) tritt weltweit für mehr Transparenz von Geldflüssen im Zusammenhang mit Bodenschätzen ein, um die Korruption in rohstoffreichen Ländern einzudämmen. Sie wurde auf der Nachhaltigkeitskonferenz 2002 in Johannesburg gegründet. Die Bundesregierung ist Mitglied im globalen EITI-Aufsichtsrat und unterstützt diese Initiative politisch und finanziell.

25_Sanitäre und phytosanitäre Fragen

Sanitäre und phytosanitäre Fragen sind Fragen im Hinblick auf das Überkommen der Welthandelsorganisation über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen. Hierzu gehören Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen vor Gefahren durch die Einschleppung, das Auftreten oder die Verbreitung von Schädlingen, Krankheiten, krankheitsübertragenden oder krankheitsverursachenden Organismen oder vor Gefahren, die durch Zusätze, Verunreinigungen, Toxine oder krankheitsverursachende Organismen in Nahrungsmitteln, Getränken oder Futtermitteln entstehen.

26_Hightech-Strategie

Die Hightech-Strategie ist eine nationale ressortübergreifende Strategie, die Deutschland an die Weltspitze der wichtigsten Zukunftsmärkte führen soll. Die Hightech-Strategie zielt auf die Erschließung von Leitmärkten, die Stärkung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Umsetzung von anwendungsorientierten Forschungsergebnissen ab.

27_Pakt für Forschung und Innovation (PFI)

Der Pakt für Forschung und Innovation (PFI) unterstützt verstärkt als Forschungsförderungsorganisation die von Bund und Ländern gemeinsam geförderten Wissenschafts- und Forschungsorganisationen. Bund und Länder geben den Organisationen finanzielle Planungssicherheit und steigern die jährlichen Zuwendungen bis zum Jahre 2010 jeweils um mindestens drei Prozent. Die Organisationen steigern ihrerseits Qualität, Effizienz und Leistungsfähigkeit ihrer Forschung und Entwicklung.

28_Exzellenzinitiative

Ziel der 2005 eingegangenen Bund-Länder-Vereinbarung ist es, innovative Spitzenforschung an den Hochschulen zu fördern, um die Universitäten als Forschungsstätten international sichtbar und wettbewerbsfähig zu machen. Ebenso sollen die Hochschulen als Stätten der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gestärkt und für hervorragende Studierende und WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland attraktiver gestaltet werden.

29_EU-Mehrparteien-Verträge

Formal selbständige Abkommen der EU mit einzelnen Staaten, die aber gleichzeitig und mit weitestgehend gleichen Inhalten geschlossen werden. Damit soll deren Zusammengehörigkeit insbesondere bei regionalen Verbänden unterstrichen werden.

30_EU-Assoziationsabkommen

Abkommen der EU gemäß Artikel 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von

Lissabon) über umfassende Kooperation mit einem oder mehreren Drittstaaten oder einer oder mehreren internationalen Organisationen, mit dem gegenseitige Rechte und Pflichten, gemeinsames Vorgehen und besondere Verfahren vereinbart werden.

31_EU-Freihandelsabkommen

EU-Freihandelsabkommen sind bilaterale Abkommen der EU gemäß Artikel 207 und 218 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) auf dem Gebiet des Handels. Es handelt sich um Abkommen, die mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) konform sein müssen.

32_EU-Kooperationsabkommen

Kooperationsabkommen der EU gemäß Artikel 207 und Artikel 209 bzw. Artikel 352 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) begründen eine Partnerschaft zu politischen und sicherheitsrelevanten Themen durch politischen Dialog und eine schrittweise Liberalisierung des Handels bis hin zur Freihandelszone

33_Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA)

Die Aushandlung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) wurde mit dem Partnerschaftsabkommen (Cotonou-Abkommen) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) aus dem Jahr 2000 beschlossen. Das Abkommen sieht eine Neuregelung der wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten vor, um die Handelsbeziehungen auf eine mit der Welthandelsorganisation (WTO) konforme Grundlage zu stellen. Die EPA verbinden entwicklungs- und handelspolitische Aspekte. Handelsbarrieren sollen abgebaut und die regionale Kooperation gestärkt werden.

Bildnachweis

vario images: **Titel**

Russell Gordon/Das Fotoarchiv: **Titel**

Walter G. Allgoewer/JOKER: **Titel**

Auswärtiges Amt: **Titel, Seite 28/64**

BPA:

Reinecke/BPA: **Seite 10**

Bergmann/BPA: **Seite 56**

Photothek:

Thomas Imo: **Seite 8**

Thomas Trutschel: **Seite 17/52**

Thomas Köhler: **Seite 20/32**

Florian Kopp: **Seite 12/29**

gmp International: **Seite 41**

Christian Nusch/VISUM: **Seite 40**

Colégio Humboldt, São Paulo: **Seite 46**

Linear/Das Fotoarchiv: **Seite 50**

Natascha Senftleben/dpa: **Seite 53**

Impressum

Herausgeber

Auswärtiges Amt

Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland (607)

Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

Tel.: +49 30 5000-0

Fax: +49 30 5000-34 02

www.auswaertiges-amt.de

poststelle@auswaertiges-amt.de



In Zusammenarbeit mit dem:

Bundesministerium des Innern

Bundesministerium der Justiz

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bundesministerium der Verteidigung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerium für Gesundheit

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gestaltung

indigo Kommunikationsdesign, Berlin

© 2010

